Einzelpreis 30 Pfg. · 3. Jahrgang | Mittwoch, 22. Dezember 1920 | Nummer 544 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 30/31.

Die achtgespaltene Kompareillezeile oder deren Raum kostet 6,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Worte-Anzeigen das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4635, 4649, 4921

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Liste Ziska-Urich gewählt

Die erste Niederlage der Moskauer

Bei den Urwahlen für die engere Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes wurden für die

Liste Ziska—Urich 31 458 Stimmen,

für die Liste Rusch—Possett 30 063 Stimmen abgegeben. Die Kandidaten der Liste Ziska—Urich sind somit gewählt, die neue Verwaltung wird sich aus Vertretern dieser Richtung zusammensetzen. Insgesamt wurden abgegeben 61 521 Stimmen, so daß sich von den etwa 180 000 Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes in Berlin ungefähr jedes dritte Mitglied an der Wahl beteiligt hat.

*

Die erste offene Schlacht in dem inneren Kampfe, der durch die Moskauer Spaltungsparole in der deutschen Gewerkschaftsbewegung entfacht worden ist, ist geschlagen. Das Ergebnis ist bedeutungsvoll für die gesamtedeutsche Gewerkschaftsbewegung. Der Kampf ist dort zum Austrag gekommen, wo die Moskauer Phrasenflut am stärksten angeschwollen war, wo die eben frisch in die kommunistischen Reihen eingeschwenkte Münzstraße immerhin ihre stärkste Stütze hatte. Er endete mit einem Erfolge der Liste Ziska—Urich, der Anhänger der Amsterdamer Internationale und ihrer Methoden, der Schützer der Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Der Kampf ist mit äußerster Schärfe geführt worden. Für die Moskauer Gewerkschaftsputschisten war er ein Kampf um die Macht, um den Besitz einer Organisation zu dem Zweck, sie ins Lager des Roten Internationalen Gewerkschaftsrates zu führen. Für die Anhänger der Richtung Ziska-Urich war er ein Kampf, um freie Bahn zu erlangen für fruchtbare praktische Gewerkschaftsarbeit im Interesse der Lebenshaltung der Arbeiterschaft und für die Erhaltung der Geschlossenheit der Bewegung. Von der kommunistischen Seite ist kein Mittel der Verleumdung und Verdrehung, ist weder die unverblümte Lüge noch das Verschweigen der Wahrheit nach Lenins Anweisung verschmäht worden, um das Ziel zu erreichen. Maßlos war die Verhetzung und tief ist die Flut von Schlamm, durch die die besonnenen und einsichtigen Elemente der Arbeiterschaft waten müssen, um aus diesem Chaos der inneren Zerklüftung wieder herauszukommen. Der Ausgang der Wahlen hat bewiesen, daß wir diesen Kampf nicht scheuen dürfen. So sehr wir es bedauern mögen, daß endlos viel Zeit, Kraft und Wille unfruchtbar verbraucht wird um dieser Dinge willen, so notwendig ist es, mit dem gleichen zähen Eifer den Kampf durchzuführen bis zum letzten Erfolg. Breiten Raum unseres Blattes mußten auch wir diesem Kampfe zur Verfügung stellen, breiten Raum auf dem zu größerem Nutzen für die Arbeiterklasse Aufklärung über Grundsätze und politische Ziele der sozialistischen Bewegung hätte verbreitet werden können. Dennoch werden auch wir diesen Kampf fortsetzen müssen.

Die Wahlbeteiligung war schwach. Die Metallarbeiter mußten wissen, daß es sich in diesem Kampfe letzten Endes um das Sein oder Nichtsein ihrer Organisation als deutsche Gewerkschaft handelt, sie hätten also diesem Kampfe ein weit stärkeres Interesse entgegenbringen müssen. Aber die Kampfesweise, mit der die Kommunisten unsere Gewerkschaftsgenossen bestürmen, hat auch unter den Metallarbeitern bereits einen starken Ekel vor diesen inneren Kämpfen hervorgerufen, der sich bei dieser Gelegenheit in solcher Apathie ausdrückt. Die Massen, die dieser Abstimmung ferngeblieben sind, haben kein Interesse an dem Streit um taktische Differenzen. Sie hält nur der Kampf um das praktische Ziel in Bewegung und dann geben sie mit ihrer großen Zahl den Ausschlag. Ein wichtiger Umstand, der ernsthaft in Erwägung gezogen werden muß. Durch den elen Spektakel werden diese Massen dem Organisationsleben immer mehr entfremdet und schließlich völlig in Gleichgültigkeit gestoßen. Dann sind sie auch für den Kampf verloren.

Die Gleichgültigkeit breiter Massen der Arbeiterschaft ist ferner zurückzuführen auf die außerordentlichen Schwierigkeiten des Kampfes in der gegenwärtigen Zeit, hervorgerufen durch die ungewöhnlich mißliche Lage, und durch die Stagnation des politischen Lebens.

Aus den gleichen Ursachen aber erklärt sich auch der Unwille zahlreicher Arbeitsgenossen, der den Moskauer Helden, die in geschwind wechselnden Parolen jeden Tag von neuem befreiende Aktionen versprechen, mancherlei Zulauf bringt. Die Berliner Metallarbeiter haben sich in ihrer Mehrheit für die energische, sachgemäße Arbeit der Gewerkschaften im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten und mit ihren Mitteln, aber mit dem Ziel der Eroberung der politischen Macht entschieden. Sie haben für eine Taktik gestimmt, die den kleinen Erfolg hinnimmt, um ihn zum Ausgangspunkt größerer Schläge und neuer Siege zu machen, für eine Taktik, die unsäglich mühevoller ist, als das durch die Kommunisten getriebene Hinwegtäuschen über eine völlige Untätigkeit durch dröhnende Posaunenstöße, deren Luftbewegung indes die Mauern des kapitalistischen Jericho nicht zu stürzen vermag.

Wir sind sicher, daß der innere Kampf im Metallarbeiterverband nicht zu Ende ist. Die Stimmenzahlen der Kommunisten sind groß, und diese kommunistische Zelle wird allen ihren gewiß nicht geringen Einfluß auszunutzen versuchen, um eine sichere, erfolgversprechende Gewerkschaftsarbeit zu stören. Die neue Leitung wird keinen leichten Stand haben. Wir sind indes sicher, daß ein Erfolg der Richtung Rusch den Berliner Metallarbeitern maßlose Enttäuschungen bereitet hätte, vor denen sie nunmehr bewahrt bleiben werden. Sie können die Gewißheit haben, daß es vorwärts gehen wird. Aber jeder einzelne unserer Genossen, jeder der diesmal für Ziska und Urich gestimmt hat, hat nun auch die Pflicht, rastlos dafür zu arbeiten, daß taktische Einsicht und gewerkschaftliche Disziplin, die eben ihren Triumph gefeiert haben, sich weiter und weiter verbreiten. Und nicht nur unter den Metallarbeitern. In den anderen Gewerkschaften stehen die gleichen Kämpfe bevor, und alle unsere Genossen müssen rüsten, um überall den gleichen Erfolg davonzutragen. Dieser erste Erfolg darf uns nicht müde werden lassen. Das letzte Treffen gegen die Zerstörer der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist noch nicht geliefert. Immerwährende Tatbereitschaft ist nötig, um die letzte Gefahr für den Bestand der Gewerkschaften zu bannen.

Konzessions-Kommunismus

Von L. Martow.

Nun glauben die Bolschewisten, daß, indem man auf solche Weise die Produktion des russischen Landvolks künstlich von jeder Berührung mit dem Weltmarkt fernhalte, man das ganze kommunistische System durch einige Opfer retten könne. Die Warenproduktion und das Lohnsystem würden lediglich an der Peripherie des Wirtschaftskörpers fortbestehen, der sich, wie früher, in kommunistischer Richtung weiter entwickeln werde. So war es schon im Mittelalter, als das im Aufschwung begriffene Handelskapital nur durch Juden, Lombarden und andere heterogene Elemente vertreten war, die — um mit Marx zu reden — „in den Poren der feudalen Gesellschaft lebten". Mit dem übrigens nicht unwichtigen Unterschied, daß der von den kanonischen Wucherverboten befreite mittelalterliche Jude in der feudalen Gesellschaft stets rechtlos blieb, während die Vertreter des internationalen Kapitals in Rußland nach Lenins Dekret eine privilegierte soziale Gruppe bilden, die allein von allen Konfiskationen und Requisitionen befreit sein sollen.

Aber auch die Rechtlosigkeit des mittelalterlichen Wucher- und Handelskapitals bildete kein Hindernis für die allmähliche Auflösung der Grundlagen der feudalen Wirtschaft. Um wie viel stärker wird dieser Auflösungsprozeß sich jetzt mit Hilfe der am Rande des bolschewistischen Paradieses aufgepflanzten kapitalistischen Industrie in der „kommunistischen" Wirtschaft vollziehen.

Man hat bereits in der sozialistischen Presse mit Recht darauf hingewiesen, daß die ausländischen Konzessionen alle noch bestehenden russischen Kapitalien unvermeidlich anziehen werden, die jetzt nur auf illegale Weise — in Spekulationsgeschäften aller Art — in Rußland „arbeiten" können. Mit der Gründung der ausländischen kapitalistischen Unternehmungen in Rußland wird für die Schleichhändler, die Bauern, die Handwerker und — last not least — für die an dem Elend des bolschewistischen Kommunismus sich bereichernden Elemente der Sowjetbureaukratie eine Möglichkeit geschaffen werden, ihren „Mehrwert" kapitalistisch anzulegen, anstatt ihn, wie jetzt, in Hausen Papiergeld oder Gebrauchsgegenständen anzuhäufen. Man kann sich leicht vorstellen, wie diese Möglichkeit auf die Festigkeit des kommunistischen Systems in Stadt und Land einwirken wird.

„Es ist keine Kapitulation vor dem Kapitalismus", behaupten Lenin und Trotzki und nach ihnen die Berliner und Pariser Papageien in der „Roten Fahne", der „Internationale" und der „Humanité". Ja, wenn die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands und der Internationale Gewerkschaftsbund die Kohlenproduktion durch eine unmittelbare Sozialisierung der kapitalistischen Profitwirtschaft zu entreißen suchen, so bedeutet das eine „Kapitulation vor dem Kapitalismus". Wenn die marxistischen Theoretiker sagen, daß das Proletariat auch im Besitz der ganzen politischen Macht nur stufenweise die Sozialisierung der ganzen Wirtschaft zu verwirklichen vermag, so daß für eine Reihe von Jahren der Kapitalismus noch nicht ganz ausgeschaltet werden kann, — o, dann ist es natürlich eine „Kapitulation vor dem Kapitalismus". Aber wenn die bolschewistische Regierung feierlich jedes Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln aufhebt, die gesamte Industrie und den gesamten Handel „nationalisiert", um nach drei Jahren die ausländischen Kapitalisten einzuladen, auf dem Konzessionswege Fabriken in Rußland zu bauen und die Bodenschätze kapitalistisch auszubeuten, so ist das keine Kapitulation vor dem Kapitalismus! Wie wäre das auch möglich! Trotzki wird schon dafür sorgen, daß an den Eingängen jeder englischen oder schwedischen Fabrik in Sibiren die stolze kommunistische Inschrift prangen soll: „Wer nicht arbeitet, darf auch nicht essen!" Die Ehre wird also gerettet sein.

Von sozialistischem Standpunkt ist ein schrittweiser Uebergang von der rein kapitalistischen Warenproduktion zu der sozialisierten Produktion keine Kapitulation vor dem Kapitalismus oder vor der Kapitalistenklasse. Aber vom kommunistischem Standpunkt ist die Aufpflanzung des ausländischen Kapitalismus auf den Boden, den man durch brutalste Mittel von allen Uebertesten des heimischen Kapitalismus zu reinigen sich bemüht hatte, nichts anderes als eine völlige Preisgabe der eigenen Grundprinzipien. Diese Tatsache werden die Papageien in der „Roten Fahne" nicht vertuschen können, selbst wenn sie jeden Tag wiederholen sollten, daß Martow es sei, der für „die freiwillige Rückkehr zum Kapitalismus in Rußland" eintrete. Wollten sie etwa ihren damit ihren Lesern den Gedanken einflößen, daß der böse Menschewismus den heiligen Lenin zu dem opportunistischen Konzessionsdekret verleitet habe?

Bekanntlich haben auch sehr viele russische Kommunisten die ganze Geschichte mit den Konzessionen als einen Sündenfall der Partei aufgefaßt. In einer Reihe von Reden und Artikeln bemühen sich die Führer der Partei ihre Schäflein zu beruhigen. Unsere Polizei (die berühmte Außerordentliche Kommission) — sagte Lenin, ist dazu da, um die korrumpierende Wirkung des konzessionierten Kapitalismus auf die sozialistische Ordnung und Wirtschaft unmöglich zu machen. Glauben die gelehrigen Schüler Lenins in

Kohlennot in Berlin

Drohende Betriebsstillegung der Kraftwerke

Das Kohlenamt Berlin teilt mit: Infolge der völlig ungenügenden Steinkohlenzufuhren für die Groß-Berliner Gas- und Elektrizitätswerke konnte in letzter Zeit der Betrieb nur unter stärkster Inanspruchnahme der eisernen Reservebestände aufrechterhalten werden. Die Kohlenreserven sind infolgedessen auf ein Minimum gesunken, so daß — wenn nicht unverzüglich größere Kohlenzufuhren für die Groß-Berliner Gas- und Elektrizitätswerke eingehen — die große Gefahr der Betriebseinstellungen besteht. Das Kohlenamt Berlin hat deshalb an den Herrn Reichskohlenkommissar nachstehendes Telegramm gerichtet und die beteiligten Reichs- und Staatsministerien um ihre Unterstützung zu einer schleunigen Hilfsaktion gebeten:

„Fortbetrieb der Gasanstalten und Elektrizitätswerke in Groß-Berlin wegen ungenügender Kohlenzufuhren schwer gefährdet. Wenn nicht unverzüglich verstärkte Kohlenlieferungen erfolgen, muß mit völliger Betriebseinstellung gerechnet werden, die katastrophale Folgen auslöst."

Dieser Zustand bedroht ein ganzes großes Wirtschaftsgebiet in der Tat mit einer Katastrophe. Massenbetriebseinstellungen mit großer Arbeitslosigkeit werden die unausbleibliche Folge sein. Alle anderen Wirkungen brauchen wir nicht erst zu erwähnen, geschweige denn ausführlich zu schildern. Wir erwarten, daß die Stellen, die sofort mit Fiebereifer in Bewegung geraten, wenn ein Streik in lebenswichtigen Betrieben droht, sofort alles daran setzen, um diesen Zusammenbruch abzuwehren.

Die hungernden Monarchen

In der gestrigen Sitzung der braunschweigischen Landesversammlung machte das Staatsministerium Mitteilung von den Forderungen, **die das Herzogshaus an den Braunschweigischen Staat gestellt hat. Diese Forderungen haben einen Vermögenswert von zusammen 250 Millionen Mark.** Das Herzogshaus macht Rechtsansprüche auf das gesamte braunschweigische Kammergut (Bergwerke, Forsten und Domänen) geltend. Gefordert werden u. a. 5034 Hektar Staatsforst, 3412 Hektar Domänen — das ist der fünfte Teil der gesamten Staatsdomänen —, der Ertrag aus den Domänen seit 1. Juli 1919, das Schloß Blankenburg im Harz das Gestüt von Harzburg, die Bibliothek in Wolfenbüttel, das Landesmuseum in Braunschweig, sämtliches Mobiliar in Schlössern und Hofstaatsgebäuden und soweit dies verkauft wurde, der Geldwert in Goldmark. Das Herzogshaus erklärt, zu einem Vergleiche bereit zu sein, indessen einen Rechtsstreit mit aller Schärfe durchführen zu wollen, wenn die braunschweigische Regierung diese Forderungen ablehnt. **Das Staatsministerium hat den Vertretern des Herzogshauses mitgeteilt, daß es nicht in der Lage sei, diese Forderungen zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen.**

der „Roten Fahne" tatsächlich, daß mit Hilfe der Polizei alles wieder gutgemacht werden könne?

Sinowjews „Rote Zeitung" in Petersburg bringt nun ein Argument für die Politik der Regierung, das alle Zweifler zerschmettern muß. Das Blatt meint, daß das Dekret über die Konzessionen vor allem unter dem Gesichtspunkt seiner internationalen sozialrevolutionären Wirkung zu bewerten sei. Die Wirkung dieses Dekrets auf den Gang der sozialen Revolution werde ganz famos sein! Denn indem die ausländischen Kapitalisten sich entschließen, die den russischen Unternehmern enteigneten Betriebe zu übernehmen, weihen sie den Akt der Expropriation selbst ein und weisen, ohne es zu wollen, den europäischen Arbeitern den Weg zu ihrer eigenen Expropriation! Ist es nicht zum Verzweifeln, daß dieses durchschlagende Argument in Petersburg erfunden wurde, ehe es einem deutschen Kommunistenführer gelang, es zur Rechtfertigung des Konzessions-Kommunismus in die Welt zu setzen!

Alle diese Dummheiten können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die russische bolschewistische Partei, die drei Jahre lang in einem dem Sozialismus ungünstigen Milieu wirkend, nur eine die Produktion zerstörende Politik zu treiben wußte, am allerwenigsten geeignet ist, die Rolle einer sozialistischen Avantgarde, geschweige denn eines Diktators in der proletarischen Internationale zu spielen. Wie sie auf dem Gebiet der äußeren Politik zu Kompromissen mit Nationalisten verurteilt ist, die dem internationalen Proletariat nicht als Vorbild dienen können, so wird sie auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik zu Kompromissen mit dem Kapitalismus getrieben. Die vom utopischen Aberglauben ausgehende Anmaßung, daß man vom patriarchalischen Moskau aus den Klassenkampf des gesamten internationalen Proletariats leiten könne, rächt sich bitter in diesem Augenblick, wo jedem bürgerlichen Politiker und jedem gemäßigten Sozialreformer die Gelegenheit geboten ist, sich über die unbeugsamen russischen Kommunisten lustig zu machen, die das ausländische Kapital ehrerbietigst versichern, daß auch in dem kommunistischen Schlaraffenland fette Dividenden gedeihen können.

Das monarchistische Heer

Der Wehrminister Dr. Geßler gibt im „Acht Uhr-Abendblatt" „Gedanken zum Wiederaufbau des Heeres" wieder. Neues kann er nicht sagen, denn das Heer der Republik wird nach den überlebten Grundsätzen des Kaiserreiches aufgebaut, ohne den Lehren des Weltkrieges, geschweige denn gar der Revolution, irgendwie Rechnung zu tragen. Das wichtigste Moment beim Aufbau des Heeres ist nach Herrn Geßler das politische. Er äußert sich darüber:

Die politische Seite der Frage bietet eine Fülle von Problemen. Das Offizierkorps ist in seiner Mehrheit zweifellos monarchisch gesinnt — eine Tradition von dieser Bedeutung kann eben nicht von heute auf morgen vergessen werden. Andererseits sind Bestrebungen im Gange, das Heer, insbesondere die Mannschaften und Unteroffiziere zu politisieren. Eine politisierte Wehrmacht würde aber, darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben, eine Prätorianergarde werden. Das Schwergewicht wird deshalb darauf gelegt werden müssen, daß der Soldat, unbeschadet seiner politischen Anschauung, loyal und der Verfassung unbedingt treu ist, auf die er vereidigt wurde. Eine politisch neutrale staatsbürgerliche Erziehung wird hier die Hauptarbeit leisten müssen.

Die monarchistische Gesinnung der Offiziere scheint demnach für Herrn Geßler keine politische Angelegenheit zu sein. Er findet sich mit diesem Zustand ab, hält es aber für angebracht, den Bestrebungen der Unteroffiziere und Mannschaften nach republikanischer Selbstbetätigung entgegenzuarbeiten, indem er in seinen weiteren Darlegungen für den berüchtigten Paragraph 33 des Wehrgesetzes eintritt, der den Soldaten das Recht raubt, sich zur Wahrnehmung ihrer Interessen zusammenzuschließen. Für die Republik, und deren Bestand kommt dabei doch nur in Frage, wird die Sache nicht besser, wenn Herr Geßler die Rechtlosmachung der Soldaten damit begründet, daß der Paragraph 33 von seinem Vorgänger Noske ausgearbeitet worden ist und die Zustimmung des Kabinetts Bauer gefunden hat. Ist Dr. Geßler lediglich der Testamentsvollstrecker der Noskeschen Luderwirtschaft?

Wenn Herr Geßler glaubt, durch eine „politisch neutrale staatsbürgerliche Erziehung" den Soldaten loyal und verfassungstreu zu machen, so entzieht er dieser Aufgabe selbst den fruchtbaren Boden, wenn er die Erziehung in die Hände der monarchistischen Offiziere legt, wie es tatsächlich geschieht. Entpolitisierung des Heeres bedeutet bei der Zusammensetzung des Offizierkorps Politisierung in monarchistischem Sinne, denn so wenig wie ein Sittlichkeitsverbrecher den Kindern Moralunterricht erteilen kann, so wenig kann ein monarchistischer Offizier die entrechteten Soldaten zu republikanischen Staatsbürgern erziehen. Zwei Geschichten, die das „Berliner Tageblatt" zu erzählen weiß, geben klaren Aufschluß darüber:

Einen Dozenten an der Berliner Hochschule für Politik fragte ein Leutnant der Reichswehr, der eine Vorlesung belegen wollte, ob es wahr sei, daß die Hochschule eine demokratisch-republikanische Einrichtung ist. Auf die verwunderte Gegenfrage, wie er denn zu dieser Frage komme, erwiderte er: sein Vorgesetzter habe ihm gesagt, der Besuch der Hochschule schicke sich für Offiziere nicht, das sei eine demokratisch-republikanische Einrichtung. Die andere Historie! Bei einer amtlichen Aufklärungsstelle erscheint ein Major, dem für seine Dienststelle eine Anzahl Exemplare der Reichsverfassung ausgehändigt worden waren, und bittet, aus diesen Exemplaren das Vorwort zu entfernen. Denn in den Ausführungen dieses Vorworts trete der Verfasser offen — für die Republik ein.

Und diese Offiziere sollen den Soldaten „neutralen" politischen Unterricht erteilen? Sie sind naiv, Herr Geßler. Diese Offiziere werden eine monarchistische Prätorianergarde schaffen, gerade deshalb setzen sie sich für die Entrechtung der Soldaten ein, weil sie nur aus Wehrlosen jenes Gebilde schaffen können, das sie brauchen für ihre politischen Endzwecke. Und Herr Geßler, der „Demokrat" hilft wacker mit.

•

Herrn Geßler entschlüpfte in seinem Artikel noch ein interessantes Geständnis. Er berechnet die jährlichen Kosten für einen Soldaten auf 12 000 Mark ohne Verwaltungskosten, mit Verwaltungskosten auf 25 000 Mark. Das heißt also: Die Verwaltungskosten des Heeres betragen pro Kopf und Jahr 1000 Mark mehr als die Unterhaltungskosten des einzelnen Soldaten. Wo bleiben Deine Steuern?

Erzberger gegen Helfferich. Im Erzberger-Helfferich-Prozeß war der Angeklagte zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden. Kläger und Angeklagter hatten gegen das Urteil Revision eingelegt, die jetzt vom Reichsgericht in Leipzig verworfen wurde.

Hebung der deutschen Valuta. „Hollandsch Nieuwbüro" meldet aus London: Sir Robert Horne teilte im Unterhause mit, daß der Gesetzentwurf, durch den der Wechselkurs in Deutschland verbessert werden soll, in der nächsten Unterhaussitzung eingereicht werden würde.

Kessel in Berlin

Hauptmann v. Kessel hat sich jetzt endlich von seinem schweren Grippeanfall erholt. Schon einmal war er vorübergehend gesund geworden, nämlich 14 Tage nach dem ursprünglichen Anfall, der just in dem Augenblick eintrat, wo das Kameradengericht das Urteil wegen Meineids gegen ihn sprechen sollte. Mit 41,6 Grad Fieber wurde damals Herr Kessel aus der Haft entlassen, von Fieberfrösten geschüttelt, lag er im Bette, bis ihm auf einmal der Kapp-Putsch derart in die kranken Glieder fuhr, daß er sich an die Spitze seiner Truppen stellen, in der Elisabethkaserne Tag und Nacht Wache halten und die eingelieferten Arbeiter mit Schlägen und Fußtritten traktieren lassen konnte.

Als dann der Kappspuk verflogen war und damit auch für Kessel die nervenerfrischende Tätigkeit in der Elisabethkaserne, stellte sich die Grippe wieder ein. Sie war so hartnäckiger Natur, daß Kessel ein Sanatorium in der Mark aufsuchen mußte. Hier wurde er volle 9 Monate festgehalten. Der Staatsanwalt fand die Traute nicht, an ihn heranzutreten, da jede, auch nur leise Erinnerung an die Strafgesetze, Herrn Kessel in einen Fieberzustand versetzte. Denn er hatte eine besondere Grippe, die noch der Untersuchung durch die ärztliche Wissenschaft harrt, eine Grippe, die nicht in 14 Tagen heilbar ist, die auch nicht mit dem Tode endet, sondern nur — vor der Bekanntschaft mit dem Strafrichter schützt.

Herr Kessel geruht heute in seiner Wohnung, Brückenalle, dicht beim Bahnhof Tiergarten, Besuche zu empfangen und Gratulationen zu seiner Genesung entgegen zu nehmen. Wie wäre es, Herr Staatsanwalt, wenn auch Sie einen Ihrer Beauftragten zu Herrn Kessel schicken würden, der die Feststellung zu machen hätte, ob der Gesundheit Kessels nunmehr ein Meineidsprozeß zuträglich ist?

Der entflohene Schieber

Die blinde Justiz

Die Justiz scheint unseren Schiebern das allergrößte Wohlwollen entgegenzubringen. Zwar wird ab und zu einer von diesen Gesellen verhaftet und unter Anklage gestellt, aber diese Komödie dauert nicht lange, und die Verbrecher erhalten die Gelegenheit, sich in die Freiheit zurückzuretten.

Die Justiz hat den Berliner Hoteldirektor Birndörfer entwischen lassen. Neuerdings aber auch den Hofrat Rosenthal, von dessen großen Getreideschiebungen wir berichtet haben. Er wurde aus der Haft entlassen, ihm wurde sogar die Kaution von 200 000 M. zurückgezahlt, so daß er ganz ungestört sich aus dem Staube machen konnte. Er ist natürlich gegenwärtig auch absolut unauffindbar.

Trotzdem — es gibt in Deutschland keine Klassenjustiz, keine unterschiedliche Behandlung nach der sozialen Stellung, nur die objektiveste Beurteilung jedes Vergehens. Was für eine eiserne Stirn müssen diejenigen haben, die nach solchen Schandmalen der deutschen Justiz noch den Mut finden, von ihrer Unparteilichkeit auch nur zu sprechen!

Sparsamkeitspläne

Das Reichskabinett beschäftigte sich kürzlich mit einer Reihe von Vorschlägen, die der „Reichskommissar für die Vereinfachung und Vereinheitlichung der Reichsverwaltung" vorgelegt hatte. Die Vorschläge beziehen sich insbesondere auf die vom Kabinett bereits vor längerer Zeit ins Auge gefaßte Verminderung der Zahl der Ministerien und auf die Entlastung der Zentralbehörden von solchen Geschäften, die sachgemäß von nachgeordneten Behörden wahrgenommen werden können. Der Reichskommissar betonte, daß die Flut der Anträge auf Bewilligungen von Reichsmitteln für kulturelle, wirtschaftliche und selbst soziale Zwecke entschieden eingedämmt werden müßte. Ueber Einschränkung in den tollen Heeres- und Marineausgaben scheint der Gute nichts gesagt zu haben.

Der Reichsminister des Innern verhielt sich demgegenüber anscheinend recht skeptisch. Er erinnerte an die übermäßige Belastung der Arbeitskraft der Ministerien durch die vermehrte Tätigkeit, die der Reichstag, der Reichswirtschaftsrat und der Reichsrat erfordern, und bezeichnete es als notwendig, eine Reform der Arbeitsweise dieser Stellen in die Erörterung einzubeziehen. Wozu zu bemerken, daß Reichsrat und Reichswirtschaftsrat überhaupt ganz zu entbehren wären.

Der Minister betonte dann, daß es im Interesse unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht angehe, die Aufgaben auf dem Gebiete der Wissenschaft, Kultur und Sozialpolitik unterschiedslos zu unterdrücken. Den Schwerpunkt der Reformen sieht der Minister in einer weitgehenden Dezentralisation aller Arbeit, die nicht im Interesse unserer außen- und innenpolitischen Einheitlichkeit unter der unmittelbaren politischen Verantwortung der Reichsregierung geleistet werden muß, durch Abgabe an die den Reichsministerien nachgeordneten Stellen, Landesregierungen und Gemeinden.

Das Kabinett beschloß, bei der Wichtigkeit und Schwierigkeit der Materie die Minister zu schriftlichen Voten mit kurzer Frist darüber zu veranlassen, wie die Gesichtspunkte der Sparsamkeit und der notwendigen Erfüllung der Staatsaufgaben zu vereinigen sind. Nach Eingang dieser Voten wird das Kabinett alsbald weitere Stellung nehmen.

Wäre es nicht angemessen, wenn das Kabinett erst gackerte, wenn das Ei wirklich gelegt sein wird?

Reichszuschuß zu den Wahlkosten

Vergütung von 15 Pf. für jede Stimme

Wie der P. P. N. von zuständiger Stelle geschrieben wird, hat der Reichsminister des Innern dem Reichsrat eine Mitteilung zugehen lassen, wonach die Reichsregierung beabsichtigt, die Höhe des Einzelbeitrages für den Stimmzettel auf 15 Pfennig festzusetzen. Aus einer beigefügten Denkschrift geht hervor, daß der Aufwand der Herstellungskosten für eine Stimme auf rund 10 Pfennig veranschlagt wird. Da auch die Kosten der Verteilung der Stimmzettel in Anrechnung gebracht werden sollen, so glaubt man, mit 15 Pfennig den richtigen Betrag ermittelt zu haben. Ein höherer Satz komme nicht in Betracht, da das Reich auch nicht zum vollen Ersatz der entstandenen Kosten verpflichtet sei, sondern nur zu einem Zuschuß betrag.

Bei etwas über 26 Millionen abgegebenen gültigen Stimmen wird sich hiernach der Aufwand der Reichskasse für die Wahl am 6. Juni 1920 auf rund 3 Millionen 900 000 Mark belaufen; hierzu kommen noch die ausstehenden Wahlen in Ostpreußen, Schleswig-Holstein und Oberschlesien, so daß der Gesamtaufwand rund 4,3 Millionen Mark sein wird. Den einzelnen Parteien werden gemäß der von ihnen erhaltenen Stimmen rund folgende Summen durch die Hand der Vertrauensmänner der Kreiswahlvorschläge überwiesen werden:

Sozialdemokratische Partei 840 000 Mark, Unabhängige 735 000 Mk., Deutschnationale Volkspartei 555 000 Mk., Deutsche Volkspartei 540 000 Mk., Zentrum 525 000 Mk., Deutsche Demokratische Partei 330 000 Mk., Bayrische Volkspartei 177 000 Mk.

Dem Reichsrat ist gleichzeitig auch der Entwurf einer Verordnung zur Aenderung der Reichswahlordnung vorgelegt worden, der nur technische Verbesserungen der bisherigen Wahlvorschriften und eine Ersparung von Kosten, sowie eine Erweiterung der Vorschrift über die Ausstellung der Wahlscheine enthält.

Warschauer Kabinettskrise

Austritt der Sozialisten aus der Koalition

DA. Warschau, 21. Dezember.

Wie das sozialistische Hauptorgan „Robotnik" parteiamtlich berichtet, hat der Zentralrat der sozialistischen Partei erklärt, daß ein weiteres Verbleiben des sozialistischen Vertreters in der Regierung unmöglich sei. Demzufolge scheidet stellvertretender Ministerpräsident Daszynski aus dem Kabinett aus. Er hat bereits sein Rücktrittsgesuch dem Ministerpräsidenten Witos eingereicht. In Warschauer parlamentarischen Kreisen rechnet man mit einer Ausdehnung der Krise auf das ganze Koalitionskabinett.

Brüssel

Das bisherige Ergebnis

Die augemeine Zufriedenheit in Brüssel hält anscheinend an. Eine Havas-Reuter-Meldung schildert den Stand der Beratungen in folgender Zusammenfassung:

Die Interalliierte Sitzung von Montag nachmittag hat den Vertretern der alliierten Mächte gestattet, sich von dem Stande der Arbeiten in der Konferenz Rechenschaft zu geben. Bei dieser Zusammenkunft ist klar geworden, daß die seit Sonnabend verfolgte Verhandlungsmethode, die in dem Austausch persönlicher Ansichten zwischen den beauftragten Delegierten der Alliierten und den deutschen Sachverständigen besteht, gute Früchte getragen hat. Indes trotz beiderseitigem guten Willen, zu einem Ende zu kommen, sind die zur Besprechung stehenden Fragen derart kompliziert, daß sie eine vertiefte Prüfung und die Heranschaffung von Dokumenten erfordern, was die Besprechung etwas verzögert. Die Ergebnisse, die bis jetzt erlangt worden sind trotz des offensichtlichen Stillstandes der Verhandlungen, zeigen sich in zwei Richtungen: auf der einen Seite sind sich die Alliierten darüber einig, gemeinschaftlich nach Modalitäten zu suchen, die für die Klausel des Vertrages bezüglich der Reparation angewandt werden sollen, auf der anderen Seite haben sie sich einer deutschen Delegation gegenüberbefunden, die klar den Willen gezeigt hat, zu einer praktischen Lösung zu kommen. Schon in der ersten Tagung der Konferenz hat man hier den Eindruck erhalten, daß das Terrain, auf dem sie stattfindet, eine solide Grundlage für die Diskussion würde. Dies Gefühl hat sich gestern abend nach der Erledigung der ersten vorbereitenden Berichte nur verstärkt. Wenn noch einige Widerstände auf gegnerischer Seite vorhanden sind, so beruht das nur auf einigen besonderen Punkten, die selbst nach Ansicht der französischen Sachverständigen eine besonders aufmerksame Prüfung vor einer Entscheidung erfordern, aber in keinem Augenblick ist die deutsche Delegation von ihren guten Absichten abgegangen. Die Verhandlungen haben begonnen und sollen morgen weiter gehen in einem in jeder Weise technischen Geist. Man hofft so, daß man dazu kommen wird, für Mittwoch so viel vorläufige Berichte fertigzustellen, als es Probleme gibt. Diese Berichte werden am Mittwoch und Donnerstag veröffentlicht werden. Sie werden die große Linie des Planes darstellen, der ausgearbeitet werden wird und die verschiedenen Delegationen werden sich dann aufmachen und ihren Regierungen Bericht erstatten über die Absichten, die sie haben, und werden weitere Instruktionen einholen; aber ihre Aufgabe wird noch nicht zu Ende sein.

Man sieht an dieser Art des Vorgehens, daß man zu weit ginge, wenn man große Ergebnisse in die Welt setzen würde, bevor die Arbeiten wieder aufgenommen worden sind. Diese Wiederaufnahme der Arbeiten wird erst nach Weihnachten oder nach Neujahr stattfinden. Die so von den Sachverständigen vorbereitete Lösung wird übrigens seitens der in Frage kommenden Regierungen einer Revision unterzogen werden müssen.

Ultimatum an d'Annunzio

Eine Meldung aus Rom besagt: Da d'Annunzio nicht die Absicht geäußert hat, sich dem Willen Italiens zu unterwerfen, hat General Caviglia ihm Montag abend um 6 Uhr ein Ultimatum überreichen lassen, das gestern abend um 6 Uhr abgelaufen ist. Zugleich wird vom Rom aus die Meldung dementiert, daß die italienische Flotte, die den Hafen von Fiume blockieren sollte, zu d'Annunzio übergegangen sei. Man kann auf den Ausgang des Konflikts sehr gespannt sein. D'Annunzio tanzt — schon länger als ein Jahr der italienischen Regierung und den Alliierten auf der Nase herum. Er konnte seine Position nur deshalb so lange halten, weil er in der italienischen Großbourgeoisie tatkräftige Unterstützung fand.

Der Kampf der Beamten

Beschlüsse der Eisenbahnerverbände

Ueber den Stand der Bewegung der Eisenbahner gelangt folgende Nachricht an die Presse:

Die Verhandlungen zwischen den Großorganisationen der Eisenbahnarbeiter und Eisenbahnbeamten wegen eines gemeinsamen Vorgehens in der Frage der Erhöhung der Teuerungszulagen bzw. der Stundenlöhne gegenüber der Reichsregierung haben zu dem Ergebnis geführt, daß sich sämtliche Großorganisationen der Eisenbahner auf einer gemeinsamen Grundlage gefunden haben. Es ist deshalb zu erwarten, daß im Falle eines Machtkampfes zwischen der Regierung und Eisenbahnern sämtliche Eisenbahnerverbände geschlossen vorgehen werden. Verhandlungen des Reichsfinanzministers Wirth mit dem interfraktionellen Ausschuß beziehungsweise Verhandlungen zwischen den Eisenbahnerverbänden und der Regierung haben, trotz wiederholter Ankündigung, bisher nicht stattgefunden. Von den Eisenbahnerverbänden wird aber eine Entscheidung noch in diesem Jahre angestrebt. Der Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten hat in einer gestrigen Sitzung prinzipiell beschlossen, die Forderungen der Eisenbahnerverbände zu unterstützen, da ein gleiches Versprechen hinsichtlich der Forderungen der Reichsgewerkschaft von seiten der Eisenbahnarbeiterverbände abgegeben wurde. Im Reiche macht sich jedenfalls eine starke Erregung unter der Eisenbahnerschaft geltend und besonders aus den Direktionsbezirken Frankfurt a. M., Halle, Magdeburg und Stettin kommen immer dringendere Ersuchen um eine umgehende Aktion.

Die Gemeindearbeiter in Breslau legten gestern die Arbeit nieder, weil der Magistrat die Gewährung einer Teuerungszulage abgelehnt hatte. Die Stadt war ohne Strom. Nachdem ein Schiedsspruch den Arbeitern eine Lohnzulage zugesprochen hatte, wurde die Arbeit nachmittags 5 Uhr wieder aufgenommen.

Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot

Erregte Szenen im Stadtparlament — Polizei im Rathause

Die Sitzung der gestrigen Stadtverordnetenversammlung nahm einen äußerst erregten Verlauf. Es sollten Anträge der kommunistischen Fraktion über die Auszahlung einer besonderen Weihnachtsbeihilfe für Arbeitslose über das Maß hinaus, das die Stadtverordnetenversammlung vor drei Wochen beschlossen hatte. Es lagen Anträge vor, 300 bzw. 500 M. für Ledige bzw. für Verheiratete zur Auszahlung zu bringen. Um den Anträgen mehr Nachdruck zu geben, hatten die Kommunisten am Vormittag drei Arbeitslosenversammlungen abgehalten, und es waren Deputationen ins Rathaus gekommen, um dem Bürgermeister die Forderungen zu übermitteln. Nachmittags erschienen Deputationen, um die sozialistischen Fraktionen zur Stellungnahme zu veranlassen und von ihnen nachdrückliche Unterstützung ihrer Anträge zu erwirken.

Als der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Weyl die Sitzung eröffnete, wurde beantragt, daß die beiden Punkte der Tagesordnung, die sich auf die Erhöhung der Unterstützung wie auf die Beseitigung der Wohnungsnot bezogen, zunächst zur Verhandlung kommen sollen. Da die sozialistischen Fraktionen schon vorher übereingekommen waren, diese Punkte vorwegzunehmen, wurde dem Antrage entsprechend beschlossen.

Bevor aber in die sachliche Erörterung eingetreten wurde, beantragte Stadtv. Mielitz (U. S. P. D.), daß in Rücksicht darauf, daß im Rathause Sicherheitspolizei untergebracht sei, die

Zurückziehung der Polizei.

Seine Fraktion lehne es ab, unter dem Schutze der Polizei zu tagen. Stadtv. Gäbel (Kommunist) schloß sich diesem Proteste an. Der Vorsteher Dr. Weyl erklärte, daß er die Polizei nicht geholt habe. Die Aufsicht über das Rathaus unterstehe dem zuständigen Magistratskommissar. Stadtrat Wege (deutschnational) erklärte in brüskem Tone, „die Verantwortung über dieses Haus trage ich und dieses Recht lasse ich mir nicht nehmen." Mit hocherhobener Stimme rief er: „Die Polizei bleibt drin! (Rufe: Unerhört!) Das Recht des Stadtverordnetenvorstehers geht bis vor die Tür dieses Saales. Meine Pflicht gebietet mir, Haus und Personen zu schützen. Und deshalb bleibt die Sicherheitswehr im Hause unter meinem Kommando."

Auf der linken Seite des Hauses entstand eine ungeheure Erregung. Stadtv. Mielitz (U. S. P. D.) erklärte: Derartige Provokationen lassen wir uns nicht gefallen. Ich beantrage deshalb, die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Magistrat zu veranlassen, sofort zusammenzutreten und die Sicherheitspolizei aus dem Hause zu entfernen und bis der Beschluß vorliegt, die Sitzung so lange zu vertagen. Der Antrag wird gegen die Rechte angenommen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärt Bürgermeister Ritter: der Magistrat hat festgestellt, daß Herr Stadtrat Wege korrekt gehandelt habe, wenn er Vorsorge traf. Seine Maßnahmen waren durch Vorgänge gerechtfertigt, die sich heute morgen abgespielt haben. Die Arbeitslosen hatten zu erkennen gegeben, daß sie die Verhandlungen zu stören beabsichtigten. Deshalb hat Herr Stadtrat Wege die Sicherheitsmaßnahmen getroffen. An die Arbeitslosen appelliere ich hiermit, sich nicht zu Störungen verleiten zu lassen, da wir doch alle nur das Allgemeininteresse und auch das der Arbeitslosen wollen, deshalb soll die Polizei sich nicht länger im Hause aufhalten.

Stadtv. Mielitz erklärt, Ritter nicht zu verstehen. Die Tatsache, daß Polizei ins Haus geholt wurde, wirke an sich schon provokatorisch. Die Arbeitslosen denken nicht daran, die Verhandlungen zu stören. Unsere Genossen müßten für die Zukunft es sich sehr verbitten, im Hause Polizei einquartiert zu sehen. Was für die Arbeitslosen möglich und nicht möglich ist, das könne man ohne Polizeischutz sagen. Einem eingelaufenen Antrag, dem Stadtrat Wege für sein provokatorisches Auftreten die Mißbilligung auszusprechen, wird widersprochen, so daß er nicht sofort verhandelt werden kann.

Nach diesem an Aufregungen reichem Vorspiel tritt die Versammlung in die eigentliche Verhandlung ein. Der Stadtverordnete Nawrocki (Kommunist) begründete den Antrag seiner Partei. Als er von der Heuchelei der christlichen Diener wird er von der Rechten lärmend unterbrochen, die von der Beschimpfung der Religion u. a. reden, worauf eine große Anzahl der Rechten den Saal verlassen. Stadtv. Zobel ist so erregt, daß er dem Redner Unverschämtheit und andere Zurufe an den Kopf wirft. Es hagelte Ordnungsrufe. Der Vorsteher kann kaum noch reden. Nach Beendigung der Rede erklärt der Vorsteher, daß die Arbeitslosen das Verlangen gestellt hätten, zu den Verhandlungen zugelassen zu werden. Dem wird vom Stadtverordneten Lüdicke (Deutschn.) widersprochen, unter Hinweis auf die Städteordnung, nach der es unzulässig sei, Personen zu den Verhandlungen zuzulassen, die nicht dazu berechtigt sind. Nach Befürwortung der Zulassung durch Gäbel wird das Ersuchen abgelehnt.

Stadtverordneter Busch von der Wirtsch. Vereinigung wendet sich gegen den Antrag, wonach die Hausbesitzer 20 Prozent für Reparaturarbeiten zahlen sollen. Die meisten Hausbesitzer seien pleite. Der Antrag soll einem Ausschuß als Material überwiesen werden.

Für den Magistrat erklärte Stadtrat Weise: Es ist kein Zweifel, Zehntausende leiden bittere Not. Die Behörden müssen helfen, soweit das möglich ist. Wir haben hier in diesem Saale vor drei Wochen 8 Millionen für Minderbemittelte bewilligt. Damals haben die Antragsteller nicht den geringsten Einwand erhoben, erst heute kommen sie mit neuen Anträgen. Das ist Demagogie. Im September haben wir ebenfalls viele Millionen für die Arbeitslosen besonders herausgeholt. Das genügt gewiß nicht. Aber die Stadt kann da nicht allein helfen, sie ist an die Bestimmungen gebunden, die ihr vom Reich vorgeschrieben sind. Wir drängen das Reich, weiter zu helfen, aber der Magistrat kann über die ihm gezogenen Grenzen gar nicht hinausgehen. Wenn er es täte, würden wir den Arbeitslosen nicht mehr die Unterstützung zahlen können, die sie so nötig brauchen, wir würden die Arbeitslosen schädigen. Wir werden fortfahren, das Reich auf seine Pflichten hinzuweisen, aber die Arbeitslosen sollten sich auch selber an die richtige Adresse wenden.

Für die Fraktion der **Unabhängigen Sozialdemokratie** wies Genosse **Dr. Weinberg** darauf hin, daß unsere Fraktion im Stadtparlament zur richtigen Zeit auf die drohende Wohnungsnot hingewiesen habe, aber stets von den bürgerlichen Parteien verlacht worden sei. Eine wirkliche Beseitigung der Wohnungsnot sei in der kapitalistischen Ordnung unmöglich. Nur eine

durchgreifende Sozialisierung,

nicht nur von Grund und Boden, sondern auch der Baubetriebe usw., könne eine nachhaltige und merkliche Besserung des Wohnungselendes bringen. Der Redner verwies bei dieser Gelegenheit auf die in einzelnen Städten gemachten guten Resultate.

Bis zur Behebung des Baumarktes müssen in rücksichtsloser Weise die überschüssigen Wohnräume erfaßt werden. Genosse Dr. Weinberg verwies unter Vorführung einiger markanter Fälle auf den unerhörten Wohnungsluxus in den westlichen Berliner Vororten. Die Schlösser usw. müßten endlich dem Allgemeinwohl nutzbar gemacht werden. Dem Antrage der Kommunisten nach Renovierung der städtischen Gebäude im Interesse der produktiven Erwerbslosenfürsorge stimme unsere Fraktion zu. Zu fordern sei, daß dem

Reparaturstreik der Hauswirte

energischer als bisher entgegengetreten würde. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Gesetzgebung stelle die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten den Antrag,

den Magistrat zu ersuchen, zur Bekämpfung des drohenden Verfalls der Berliner Häuser, von den durch Artikel 6, § 3 des Preußischen Wohnungsgesetzes gegebenen Befugnissen rücksichtslos Gebrauch zu machen. Die auf Grund dieser Befugnisse im Wege unmittelbaren Zwangs vorzunehmenden Renovierungsarbeiten sind in eigener Regie der Gemeinde auszuführen.

Der Redner setzte sich weiter dafür ein, daß das

graue Elend der Arbeitslosen

durch eine möglichst hoch zu bemessende Beihilfe etwas erträglicher gestaltet werde. Der vorliegende Antrag müsse beschleunigt in einer Kommission beraten werden, damit bereits am Donnerstag die Stadtverordnetenversammlung Beschluß fassen könne.

Nach Reden bürgerlicher und kommunistischer Vertreter wurde der Antrag betr. Wohnungsfrage der Wohnungsdeputation und der Antrag betr. Beihilfe für die Erwerbslosen einem aus der Versammlung gewählten Ausschuß überwiesen. Letztere Angelegenheit wird Donnerstag von dem Plenum entschieden werden.

Einige Vorlagen betr. Einführung einer Aenderung für die Erhebung einer **Gemeindesteuer** von der Erlangung einer **Erlaubnis zum ständigen Betrieb der Gastwirtschaft usw.**, einer **Wohnsteuer bei vorübergehendem Aufenthalt** in der Stadtgemeinde Berlin, einer Ordnung für eine **Wohnungsluxussteuer** in der Stadtgemeinde Berlin, einer **Gemeindeeinkommensteuer** und **Errichtung eines Ausgleichsstocks** wurden ohne Debatte einem Ausschuß überwiesen.

Die Hebung der Kohlenerzeugung

Im Reichswirtschaftsministerium fand am Dienstag eine eingehende Aussprache zwischen Vertretern der verschiedenen Ministerien und einer Abordnung der Technischen Kommission über schwebende Fragen des Ruhrkohlenbergbaues statt. Die Kommission legte das bisherige Ergebnis ihrer Arbeiten vor. Es wurden heute insbesondere Vorberichte erstattet über den Stand der technischen Einrichtungen der Gruben, die Qualität der Kohle, die Frage der Verkehrserleichterung für die fernab den Zechen wohnenden, dem Bergbau zugewanderten Arbeiter, die Frage der beschleunigten Unterbringung der um fast 150 000 Mann vermehrten Ruhrbergleute und deren Familien, die Frage, wie das jetzige Mißverhältnis zwischen gelernten und ungelernten Bergarbeitern im Interesse der Fördersteigerung zu beseitigen sei.

Das sind alles ganz gute und schöne Pläne, aber dadurch kann das Wirtschaftsministerium doch nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die beste und einzige Möglichkeit zur Steigerung der Kohlenerzeugung die Sozialisierung des Kohlenbergbaues ist.

Beschlüsse des Reichsrats

Sperrgesetz und Ortsklassenverzeichnis

In der letzten Sitzung vor den Weihnachtsferien stimmte der Reichsrat einem Vorschlage seiner Ausschüsse zu, durch den die Länder erklären, daß sie bereit sind, bis spätestens Ende September 1921 sechs Millionen Festmeter zu Grubenholz und zwei Millionen Festmeter zu Schwellenholz aufzubringen.

Das Sperrgesetz gegen die Beamten wurde gegen die Stimmen von Bayern und Sachsen in der Fassung des Reichstags angenommen. Die Reichsregierung gab nach Annahme des Gesetzes folgende Erklärung ab: Es entspricht durchaus der Auffassung der Reichsregierung, bei allgemeinen Maßnahmen auf dem Gebiet der Beamtenbesoldung rechtzeitig mit den Ländern in Verbindung zu treten. Sie ist auch gewillt, den durch die Maßnahmen des Reiches entstehenden Folgerungen für die Länder Rechnung zu tragen, d. h. die Länder sollen nicht gezwungen sein, bei allen etwaigen Aenderungen des Reichsbesoldungsgesetzes im einzelnen der Regelung des Reiches zu folgen. Da das neue **Ortsklassenverzeichnis** frühestens im Januar vorliegen wird, soll die neue Ortsklasseneinteilung insoweit jetzt schon in Kraft treten, als diejenigen Orte über 10 000 Einwohner, von denen sich bereits jetzt mit Sicherheit annehmen läßt, in welche Ortsklasse sie kommen, schon vorweg eingeteilt werden. Weiter soll bei denjenigen Orten, deren endgültige Einstufung sich noch nicht übersehen läßt, wo aber jedenfalls eine spätere Erhöhung zu erkennen ist, auch bereits die Einreihung in diejenige Ortsklasse vorgenommen werden, in die sie „mindestens" kommen müssen. Es handelt sich um etwa 200 Städte. Weitergehende bayrische Wünsche wurden abgelehnt. Die Vertreter von Bayern und Braunschweig erklärten, gegen die Vorlage stimmen zu müssen, da die weitergehenden Wünsche ihrer Länder abgelehnt worden seien. Die Mehrheit des Plenums stimmte aber für den Entwurf. Schließlich wurde noch das neue Wehrgesetz mit kleinen Aenderungen der Ausschüsse angenommen.

Aenderung des Einkommensteuergesetzes

Dem Reichstag ist eine Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz zugegangen, die vor allem eine Aenderung des Veranlagungsverfahrens vorsieht. Das Einkommen eines Kalenderjahres soll in jedem Fall nur einmal, und zwar möglichst in dem Jahre versteuert werden, in dem es erzielt wurde. Bis zur erfolgten Veranlagung sind Abschlagszahlungen nach Maßgabe der letzten Veranlagung zu entrichten. Dadurch würden auch diejenigen zur schnelleren Bezahlung ihrer Steuer gezwungen werden, die bisher nicht von dem Steuerabzug getroffen werden.

Die Novelle will ferner die steuerfreie Grenze bei Verstümmelungszulagen, Pflegezulagen Schwerbeschädigter, bei den Renten nach den Tumultschadengesetz von 2000 Mark auf 5000 Mark erhöhen. Bei den Kleinrentnern, deren Einkommen nicht mehr als 7500 Mark beträgt, soll die Kapitalertragssteuer auf die Einkommensteuer voll angerechnet werden. Die Beiträge zu politischen Parteien sollen aber nicht mehr abzugsfähig sein.

Die einzige Aenderung, die von größerer sozialer Bedeutung ist, ist die Erhöhung des steuerfreien Betrages, der für Frauen und Kinder von dem Einkommen abgezogen werden kann, von 500 auf 1000 Mark für jede Person. Es ist beabsichtigt, die Novelle am 1. April 1921 in Kraft treten zu lassen. Sie bedarf aber einer sehr gründlichen Durchberatung, denn sie erfüllt durchaus nicht die Wünsche, die von Arbeitern und Angestellten an die Aenderung des Einkommensteuergesetzes gestellt werden.

Arbeitslosendemonstration

Kommunisten unter Sabaths Führung

Die kommunistische Partei hatte zu gestern vormittag drei große Arbeitslosenversammlungen einberufen, die für einen Dringlichkeitsantrag der kommunistischen Rathausfraktion demonstrieren sollten, wonach der Magistrat beauftragt werden sollte, an die Arbeitslosen

1. noch vor Weihnachten als einmalige Unterstützung zu zahlen
   a) an Arbeitslose mit unterstützungspflichtigen Angehörigen den Betrag von 500 Mark,
   b) an alle anderen Arbeitslosen den Betrag von 300 Mark
2. zu den bestehenden Unterstützungssätzen bis auf weiteres bzw. bis zur Neuregelung des Unterstützungswesens einen Zuschlag von 100 Prozent zu leisten.

Der Aufruf der „Roten Fahne", der zum Versammlungsbesuch aufforderte, schloß mit dem Ruf: „Ueberall im Reich stellt die Gemeindebehörden, zwingt sie zu handeln. Versammelt euch, zieht vor die Rathäuser, stellt eure Forderungen".

Von den drei Versammlungen war nur die ins Gewerkschaftshaus einberufene gut besucht, während die beiden anderen einen sehr schwachen Besuch aufzuweisen hatten. Die Versammlung im Gewerkschaftshaus wurde außerdem bemerkenswert durch einen recht seltsamen Vorgang. Die Versammelten entsandten eine Abordnung in das Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission und zu ihren dort untergebrachten „konterrevolutionären Bonzen". Diese Abordnung forderte die anwesenden Angestellten der Berliner Gewerkschaftskommission auf, in der im großen Saal des Hauses tagenden Versammlung zu erscheinen. Unser Genosse Sabath folgte mit Vergnügen dieser Einladung, und hatte bei einer Rede, die er vor den Arbeitslosen hielt, durchaus das Ohr der Versammelten. Die Versammlung forderte den Genossen Sabath ferner auf, sich bei der anschließenden Straßendemonstration an die Spitze des Zuges zu setzen und die Arbeitslosen zum Rathaus zu führen. Der Genosse Sabath folgte auch diesem Wunsche. Der Zug bewegte sich zum Rathause und gelangte vor den Zügen aus den beiden anderen Versammlungen dorthin. Eine Deputation zur Unterhandlung mit dem Bürgermeister Ritter wurde gewählt, und — seltsamer Zufall — der Genosse Sabath wurde wiederum zur Teilnahme an dieser Deputation bestimmt. Ritter hörte die Forderungen der Arbeitslosen, die wir oben wiedergegeben haben, und erklärte, er könne keine bindende Zusage machen, werde aber sofort Rücksprache mit seiner Fraktion nehmen. Wofür er ein bißchen als Verräter beschimpft wurde — ein wenig aufregender und durchaus nicht seltener Zwischenfall, bei dem der Genosse Sabath die Erregung dämpfen konnte.

Wie seltsam das doch alles ist. Werden die Kommunisten vor die Aufgabe gestellt, ein positives Ziel für bestimmte Schichten des Proletariats zu erreichen, dann suchen sie für diesen Zweck Hilfe bei dem „konterrevolutionären, gelben" ersten Vorsitzenden der Berliner Gewerkschaftskommission, dann folgen die Massen willig diesem Manne, nachdem sie ihn selbst zu ihrem Führer bestimmt haben. Was die kommunistischen Klopffechter nicht hindern wird, denselben Sabath am nächsten Tage wiederum als „gelben" Verräter zu beschimpfen.

Während der Unterredung mit Ritter waren auch die Züge aus den beiden anderen Versammlungen eingetroffen. Vor dem Rathause waren ungefähr 500—600 Personen erschienen. Als die Deputation nach den Verhandlungen mit dem Bürgermeister vom Balkon des Roten Hauses Bericht erstatten wollte, war aber schon ein großer Teil der Versammelten davongegangen. Nur eine kleine Schar von etwa 200 Menschen hatte ausgehalten. Auch das zeugt nicht von allzu starkem Vertrauen in die Kraft der Partei, die zu dieser Aktion aufgerufen hatte.

Von den kommunistischen Führern, den alten wie den neuen, war weit und breit niemand sichtbar.

Zwischenfälle in einem Gefangenenlager

Am 19. Dezember wurde ohne jeglichen Grund das Internierungslager Soltau von bewaffneten Mannschaften besetzt und über das Lager verschärfter Schutz verhängt. Die Internierten durften die Baracken nicht verlassen. Trotz dieser Ereignisse blieb das Verhalten der Internierten vollkommen ruhig. Sie wünschten nur die Befreiung des in Haft genommenen Schauspielers Gurland. Gurland wurde verhaftet, weil er sich von der Bühne aus über den Lagerdolmetscher lustig gemacht hat. Die unerträgliche Behandlung des Arrestierten rief in den Reihen der Internierten allgemeine Empörung hervor.

Am nächsten Morgen machte auf Befehl der Lagerverwaltung eine mit etwa 30 Maschinengewehren versehene Polizeitruppe eine Haussuchung und Leibesuntersuchung der Internierten, wobei die den Internierten gesandte Bekleidung sowie verschiedene Dokumente der Internierten beschlagnahmt wurden.

Montag um 12 Uhr vormittags, wurden der Vorsteher der Garnison des Internierungslagers Soltau, Dobrowohlski, der Kommissar des Lagers Lowin und 661 internierte Rotarmisten verhaftet, zwangsweise in Eisenbahnwagen verladen und in einer unbekannten Richtung abtransportiert. Durch dieses provokatorische ungesetzmäßige Vorgehen der Lagerbehörden werden die Internierten aufs schärfste gereizt. Als Folge dieser Handlungen können im Lager Unruhen ausbrechen, für die aber allein die Lagerbehörden die volle Verantwortung tragen werden. Es muß dringend eine strenge Untersuchung der Ereignisse in Soltau vorgenommen werden.

Levien freigelassen. Der Kommunistenführer Max Levien, der nach dem Zusammenbruch der Münchener Räterepublik sich in Oesterreich aufhielt und dort interniert war, ist jetzt freigelassen und zugleich aus Oesterreich ausgewiesen worden. Die reaktionäre Presse tobt dieserhalb. Sie hätte ihn gern in den Händen der Münchener Henker gesehen.

Abmarsch der Amerikaner? Wie die „Dena" meldet, hat der Kongreß der Vereinigten Staaten beschlossen, die amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein in allernächster Zeit zurückzuziehen. Monatlich sollen etwa 1200 Mann abtransportiert werden. Die Kosten für die Erhaltung der amerikanischen Truppen haben Deutschland bisher mit 257 Millionen Dollar belastet, wovon bisher 37 Millionen Dollar bezahlt sind.

Französische Kabinettskrise. In französischen parlamentarischen Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit einer Kabinettskrise, da die Mitglieder des nationalen Blockes mit der als allzu radikal bezeichneten Politik des Innenministers Steeg nicht zufrieden sind. Die Präfekten würden gegen die Politik der Mehrheit bei den Ergänzungswahlen arbeiten.

Weihnachts Geschenke

Morgenrock aus Velour-Barchent, schöne dunkle Muster, mit breitem Kragen und farbiger Garnierung **98⁰⁰**

Taffet-Unterrock reine Seide, in vielen modernen Farben mit hohem Volant **188⁰⁰**

Wirkwaren

Damenstrümpfe Baumwolle, feinfädig, lang schwarz 7³⁵
Damenstrümpfe Baumwolle, lang schwarz doppelte Ferse u. Spitze 10⁹⁵
Damenstrümpfe Flor, feines Gewebe mit breitem Doppelrand, verstärkter Ferse und Sohle, schwarz oder farbig ... 19⁷⁵
Damenstrümpfe Kunstseide, schwarz, mit Florrand und Sohle klares Gewebe 54⁷⁵
Damenstrümpfe Tramaseide mit Florrand u. Sohle, schwarz oder farbig, klares Gewebe 75⁰⁰
Herren-Socken graumeliert, Fuß ohne Naht 7⁹⁵

Herren-Socken schwarz od. moderne Farben mit doppelter Ferse u. Spitze 8⁹⁵
Kragenschoner Kunstseide, verschiedene Farben 8⁹⁵
Unterhemdchen für Damen, weiß, fein gestrickt 10⁵⁰
Damenhemdhosen weiß, feingestrickt mit Banddurchzug 39⁷⁵
Herren-Beinkleider regulärgestrickt, makofarbig, 3 Gr. 39⁵⁰
Herren-Hemden normalfarbig, 3 Größen 49⁵⁰
Trikot-Oberhemden für Herren, weiß mit gestreiften Einsätzen, 3 Größen 69⁵⁰

Schuhwaren

Hausschuhe Kamelhaarstoff, mit Filz- und Ledersohlen, verdeckte Naht 34⁵⁰
Kinder-Stiefel Leder, gute Qualität, bequeme breite Form, Größe 31–35 98.50 .... Größe 27–30 88⁵⁰
Damen-Stiefel hoher Schaft, elegante Form, erstkl. Fabrikat, randgenäht 195⁰⁰
Herren-Stiefel randgenäht, bequeme breite Form 195⁰⁰
Herren-Stiefel mit Zwischensohlen kräftig. Winterstiefel, geschl. Lasche 195⁰⁰

Kinderkleid aus guten karierten Wollstoffen in entzückenden Farbstellungen, verschied. moderne Macharten

ca.	55	60	65	70	75	80	85	90 cm
	85⁰⁰	90⁰⁰	95⁰⁰	105⁰⁰	115⁰⁰	125⁰⁰	135⁰⁰	145⁰⁰

Belle-Alliance-Straße
Große Frankfurter Str.
Brunnenstraße

JANDORF

Kottbuser Damm
Charlottenburg
Wilmersdorfer Straße

Theater und Vergnügungen

Volksbühne 7 Uhr: **Kabale u. Liebe**

Neues Volkstheater Köpenicker Str. 68. 7½ Uhr: **Perikles v. Tyrus**

Proletarisches Theater Beethovensaal, Köthener Str. Sonntag, 26. Dez., nachm. 3 Uhr **Revolutionäre Weihnachtsfeier**

Staatstheater. Opernhaus 7 Uhr: **Ritter Blaubart**. Schauspielhaus 7 Uhr: **Kreuzweg**

Direktion: Max Reinhardt. **Deutsches Theater** Zum 1. Male 7 Uhr: **Cäsar u. Kleopatra**

Kammerspiele 7½ Uhr: **Der Scheiterhaufen**

Großes Schauspielhaus Karlstraße 8 Uhr: **Jedermann** (2. Abteilung, II. Abend)

Theater i. d. **Königgrätzer Str.** 8 Uhr: **Salome** Maria Orska, Ludwig Hartau, Conrad Veidt, Rose Liechtenstein, Konrad Haerder, Ernst Deutsch(?) Donnerstag: **Salome** Sonnabd., 1. Feiertag: **Rausch** 2. Feiertag: **Salome**

Komödienhaus 7½ U.: **Die Sache mit Lola** mit **Max Pallenberg** Rosel. Dora u. G., Ortn. Wagner, Picha, Behmer, Grieba, Kiper.

Berliner Theater Tägl. 7 Uhr: Die spanische **Nachtigall** mit Fritzi Massary Hans Waßmann, Julius Brandt, Ralph Artur Roberts, Emmy Sturm, Reinhold Pasch, Olga Engl

Rose-Theater 7½ Uhr: Friedrich Schiller, der Infant der Menschheit

Walhalla-Theater Täglich 7½ U.: **Rastelbinder** (Alfred Läutner a. G.)

Casino-Theater An allen Feiertg. 2 Vorstellungen 7½ Uhr: **Eine fidele Ehe.** 3½ Uhr **Der Fehltritt einer Frau.**

Neues Operettenhaus Direktion Jean Kren 7 Uhr: **Die Csikósbaroneß** Operette in drei Akten nach einem Motiv Petöfis von Fritz Grünbaum. Ab 23.: **Zu Ski tanzt.** Nachm.: **Obersteiger.**

Lessing-Theater Direkt.: **Victor Barnowsky** Heute und Donnerstag 7½ Uhr: **Flamme** (Dorsch, Hartmann, Klein-Rogge, Pröckl) Sonnabend (1. Feiertag) 3 Uhr: **Peer Gynt** 7½ Uhr: **Flamme** (Dorsch, Hartmann, Göt, Pröckl) Sonntag (2. Feiertag) 3 Uhr: **Flamme** 7½ Uhr: **Flamme** (Dorsch, Hartmann, Göt, Pröckl) (Montag 7½: Zum 50. Male: **Flamme** (Dorsch, Hartmann, Göt, Pröckl)

½8 **Folies Caprice** ½8 am Oranienburger Tor **9 Monate a dato** mit Ferd. Grünecker, Rud. Rudolf, Georg Ch. Schmidt.

Residenz-Theater Heute nachm. 4 Uhr Kl. Preise **Rotkäppchen** Täglich 7½ Uhr: **Lady Windermeres Fächer** (Hansi Arnstädt, Adele Sandrock, Carola Toelle, Arnold Korff, Paul Bildt, Jul. Falkenstein, Paul Otto) Donnerstag nachm. 4 Uhr **Schneewittchen**

Trianon-Theater Heute nachm. 4 Uhr Kl. Preise **Schneewittchen** Täglich: 7½ Uhr: **Kammermusik** Lustspiel von Heinr. Ilgenstein Carl Clewing, Eugen Burg, Olga Limburg, Hans Albers, Adele Hartwig, Luise Werkmeister Donnerstag 4 Uhr kleine Preise **Max und Moritz**

Deutsch. Künstl.-Theater Heute bis Donnerstag 7½ Uhr **Die Scheidungsreise** (Max Adalbert, Trude Hesterberg) Sonnabend (1. Feiertag) 3 Uhr: **Pygmalion** 7½ Uhr: **Die Scheidungsreise** (Max Adalbert, Trude Hesterberg) Sonntag (2. Feiertag) 3 Uhr: **Pygmalion** 7½ Uhr: **Die Scheidungsreise** Mittwoch, 22. u. Montag, 27. 3 Uhr: Kindervorstellung: **Fitzliputz** Montag 7½ Uhr: **Die Scheidungsreise**

Th. am Nollendorfplatz 7 Uhr: **Wenn Liebe erwacht** ... Nachmittags: **Der Zugbaron** 2. Weihnachts-Feiertag **Drei alte Schachteln**

Königstadt-Theater Alexanderstr. 21 Bhf. Jannowitzb. Täglich 7.30 U. **Gala-Sänger**

Metropol Varieté-Kabarett Behrenstraße 54. Anfang präz. 7½ Uhr. Riesen-Weihnachts-Spielplan

Concordia-Palast-Theater 64 Andreasstraße 64 Filmschau: **Sträflingsketten** I. Teil Bühnenschau: Hermann Krause, Agnes Krembser, Brocks u. Cockß, Braun und Braun.

APOLLO Friedrichstr. 218 Auftreten **Kapitän Hansen** mit seinen dressierten **Seelöwen** und die übrigen Dezember-Sensationen!!!

Residenz-Kasino Blumenstraße 10 **Tägl. Gr. Ball** für die ältere Jugend. Nur Rundtänze. Dienstags: Gratis-Verlosung Donnerstags: Prämiierung **Anfang 6 Uhr**

Theater a. Kottbuser Tor Tägl. 7½, u. Sonntag nachm. 3 Uhr **Elite-Sänger** Hervorragendes **Weihnachts-Programm!** Vorverkauf: 11–1½ u. 4–6 U.

Spezial-Arzt Dr. Jaffe für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Blutuntersuchungen, spez. chron. Harnleid. u. Ausflüsse, Licht u. Finsen-Behdlg. in der Heil-Anst. „Löser", **Dir. O. Löser, Münzstr. 9** nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8, Sonntags 9-1. Damen separat

Spezial-Arzt Dr. Skotte für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäckige Ausflüsse, Ausschlag, Mannesschwäche, Syphilis. — Nachweis in allen u. zweifelhaften Fällen durch Blutuntersuchung. Komb. Neu u. Silber-Salvarsan-Kuren. Separates Damenzimmer. **Dir.: A. Löser sen.** Im ältesten Kurs. Institut „Löser" geöff. 9–1, 4–8, Sntg. 9–1. **Nur Rosenthalerstr 69-70** Rosenthaler Platz.

Schlafzimmer eichenes, Spiegelschrank, Marmortoilette mit Facettespiegel, Nachttische, Bettstellen mit Stahlmatratzen, Rohrstühle 3850,–; dasselbe weiß lackiert 3500,–. Herrenzimmer, 2 m Bibliothek komplett 4650,–. Speisezimmer gediegene Ausführung, mit 6 echten Lederstühlen 4250,–. Kücheneinrichtung 575,–. Klubgarnituren 4000,–, nußbaum Standuhren 1200,–. Viele Gelegenheitskäufe in schweren Zimmereinrichtungen u. Einzelmöb. zu enorm billig. Preisen. **Hans Lennert** Berlin N, Lothringer Str. 55 am Rosenthaler Platz.

Kranke Frauen erhalten unentgeltlich Auskunft über schnelle Befreiung von Blutarmut, Weißfluß, Schwächezuständen. Rückporto erbeten. **Frau Bertha Koopmann** Berlin 118, Potsdamer Str. 104

Kreuz-, Alaska-, Silber-Füchse sehr preisw. Damenpelzkragen von 48.– Rotfuchskragen von 170 Pelzfutter für Mäntel von 150 Mk. an. Herrenkragen von 65 an Seal, Electric, Biberet, Nerz, Shawl u. Damenkragen aus Australisch. Opossum von 550 Mk. an. **Pelzwarenhaus A. Klass & Co.** Hackescher Markt Rosenthaler Str. 40-41.

Korpulenz **Fettleibigkeit** beseitigen Dr. Hoffbauer's ges. gesch. **Entfettungs-Tabletten** Vollkommen unschädlich. und erfolgreichsten Mittel ohne Einhalten einer Diät. Keine Schilddrüse. Leicht bekömmlich! Broschüre auf Wunsch! **Elefanten-Apotheke Berlin SW. 191 Leipziger Straße 74** (Dönhoffpl.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Gürtler

Richard Wellach

Krüllstr. 6, am 16. d. M. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Kirchhofes in Baumschulenweg, Kiefholzstr. 221, aus statt. Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf!

Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Arbeiterin

Klara Kaiser

Cuvrystr. 43, am 17. d. M. gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

U. S. P. D. Mariendorf Sonntag, den 19. 12. verstarb unser lieber Genosse **Hermann Bennewitz** Chausseestraße 283. Ehre seinem Andenken. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 23., nachmittags 2½ Uhr auf dem Gem.-Friedhof, Mariendorfer Weg statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Stoffe zur Damen- und Herrenbekleidung Futterstoffe ◇ Knöpfe **Konfektion** für Damen und Mädchen Maßanfertigung **Herabgesetzte Preise!** **C. Pelz** 5 Kottbuser Straße 5

Pelzwaren aller Art jetzt sehr billig Kreuzfüchse . v. 250 M. an Iltis . . . . . v. 200 M. an Alaskafüchse v. 195 M. an Große Auswahl in sonstigen Pelzwaren. — Reparaturen innerhalb 8 Tagen **Poczter**, Kürschnermstr. Kottbuser Damm 15 — Nr. und Firma achten! —

Spezialarzt Dr. med. Koeben f. Haut-, Harn-, Frauenleid., Schwäch., Beinkrank. Behandlg. schnell, sicher u. schmerzl. ohne Berufsstörung. Blutuntersuch. Fäden i. Harn usw. **Königstr. 56-57**, gegenüb. Rathaus Spr. 10–1, 5–8, Sonnt. 10–1. Teilzahl. Sep. Damenzim.

Bettnässen Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Ausk. umsonst. ... München ... 72. Kapuzinerstr.

Dr. med. Hollaender Berlin W 8 Leipziger Str. 108 Spezialarzt für Haut- und Geschlechtsleiden **Harn- u. Blutuntersuchungen** Sprechstunden: 11–1 vorm., 5–7 nachm., Sonntags 12–1 Aufklärende Broschüre Nr. 14. Mk. 2.50 (Nachnahme)

Weihnachten vom 18. bis 24. Dezember Schokoladen bestbekannte Marken in 50 und 100 g Tafeln und Kakao zu Ausnahmepreisen. Verkauf nur an Wiederverkäufer. **Gerson Wechselmann** Berlin W 9, Linkstraße 20

Briefmarken, Münzen kauft Grossmann, Johannisstr. 4 Norden 10621.

Weihnachtsbücher für die Jugend

Deutsche Märchen	mit Bildern	geb. M.	4.—
Dornröschen	„	„	4.—
Hänsel und Gretel	„	„	4.—
Rotkäppchen	„	„	4.—
Schneewittchen	„	„	4.—
Andersens Märchen	„	„	4.—
Bechsteins Märchen	„	„	5.—
Grimms Märchen	„	„	5.—
Klassische Sagen	„	„	5.—
Andersens Märchen	„	„	8.95
1001 Nacht	„	„	8.95
Bechsteins Märchen	„	„	8.95
Gebrüder Grimms Märchen	„	„	8.95
Hauffs Märchen	„	„	8.95
Der Märchen-Wundergarten	„	„	8.95
Jugendzauber	„	„	8.95
Karl Ewalds ausg. Märchen	„	„	9.—
Schaffsteins Volksmärchen	„	„	9.—
Von Sonne, Regen, Schnee und Wind von Sophie Reinheimer	„	„	12.—
Unter Gnomen und Trollen im nordischen Märchenwald	„	„	12.—
Grimms Hausmärchen	„	„	12.—
Grimms Kindermärchen	„	„	12.—
Schaffsteins Volksmärchen und Geschichten	„	„	12.—
Die vier Haymonskinder, Erz.	„	„	12.—
Aus d. Tannenwaldes Kinderstube von Sophie Reinheimer	„	„	13.20
Im Reiche d. goldenen Drachen	„	„	13.60
Bunte Blumen	„	„	15.—
Von Sonne, Regen, Schnee und Wind von Sophie Reinheimer	„	„	15.—
Unter Gnomen und Trollen im nord. Märchenwald	„	„	15.—
Lederstrumpferzählungen	„	„	15.—
Schaffsteins Blaue Bändchen, verschiedene Erzählungen	pro Band	„	2.—
Max und Moritz. Eine Bubengeschichte von W. Busch	mit Illustrat.	„	8.40
Die schönsten Märchen für die nationale Kinderwelt	mit Bildern	„	2.—
Ins Leben hinein! Das beste Buch für die schulentlassene Jugend	„	„	8.—
Coopers Lederstrumpferzählg.	„	„	8.—
Onkel Toms Hütte	„	„	8.—
Hauffs Märchen	„	„	8.—
Die Judenbuche. Erzählung für die reifere Jugend	„	„	8.—
Hinkel und Gackeleia	„	„	8.—
Robinson Crusoe	„	„	8.—
Rübezahl	„	„	8.—
Till Eulenspiegel	„	„	8.—
Reineke Fuchs	„	„	8.—
Die Schildbürger	„	„	9.—
Parzifal	„	„	12.—
Als ich noch der Waldbauernbub war, von Peter Rosegger, 3 Bändchen, jeder Band	kart.	„	1.80
Sonntage eines Großstädters in der Natur	„	„	4.50
Mein armer Bruder. Erzählung		kart. M.	3.75
Ulenbrook. Briefe aus der Heide		geb. „	9.50
Gerd Wullenweber. Die Geschichte eines jungen Arbeiters	„	„	5.40
Die Höhlenkinder i. Steinhaus	mit Bildern	„	19.50
Bingo u. and. Tiergeschichten	„	„	19.50
Das Sternenkind und andere Geschichten	„	„	19.50
Präritiere u. ihre Schicksale	„	„	19.50
Vier feine Freunde u. andere Geschichten	„	„	19.50
Der Zweifüßler und andere Geschichten	„	„	19.50
Tierhelden	„	„	19.50
Meister Reineke und andere Geschichten	„	„	19.50
Aus meinem Abenteuerleben	„	„	6.—
Freiherr von Münchhausens Abenteuer	„	„	8.—
Robinson Crusoes Abenteuer	„	„	8.95
Der abenteuerliche Simplicissimus	„	„	12.—
Don Quixote	„	„	12.—
Wunderbare Reisen des Freiherrn von Münchhausen zu Wasser und zu Lande	„	„	20.—
Das Wrack. Die Dschunke. Zwei Seefahrergeschichten	„	„	8.—
Sven Hedin. Abenteuer in Tibet. Reisen und Abenteuer	„	„	12.—
Sven Hedin. Transhimalaja. Reisen und Abenteuer	„	„	12.—
Durch Albanien und Montenegro von Hugo Grothe	„	„	14.40
Geschichten, Skizzen u. Bilder von nord. Wanderungen	„	„	9.60
Wüstenritte und Vulkanbesteigungen auf Island	„	„	12.—
Durch Grönlands Eiswüste Abbildungen und Karte von Grönland	„	„	10.50
Die Eroberung des Nordpols	„	„	18.—
Das Skandinavierbuch	„	„	18.—
Das Russenbuch	„	„	18.—
Vom Tierleben in den Tropen	„	„	2.40
Europas bekannte Schmetterlinge	mit Tafeln u. Beschreibg.	„	12.—
Die Vögel der Erde	„	„	12.—
Die Säugetiere der Erde	„	„	12.—
Aus den Tiefen der Gewässer	„	„	12.—
Fische, Reptilien und Lurche	„	„	12.—
„Berni" im Seebad	mit Bildern	„	2.40
Helden der Technik	mit Tafeln u. zahlr. Abbildg.	„	19.50
Das Bastelbuch für Knaben	mit Abbildg. u. Beschreibungen	„	19.50
Elektrotechnisches Bastelbuch (2 Bände)	mit Abbildung.	„	37.—
Der Sternenhimmel	mit Bildern	„	19.50
Kunststücke, Gesellschaftsscherze und Probleme	mit Abbildung.	„	24.—

Zu beziehen durch die
Verlagsgenossenschaft „Freiheit" / Abt. Buchhandel / Breite Str. 8-9
Auch durch alle Filialen der „Freiheit" u. Versand auch nach auswärts

Weihnachtsbücher- u. Bilderausstellung der „Freiheit"

Breite Straße 8–9 ★ ★ ★ **Täglich bis 7 Uhr abends geöffnet**

Die Wahrheitskünder

Von R. Abramowitsch

Wie das deutsche Proletariat unterrichtet wird

Oskar Rusch hat in den kommunistischen Blättern (u. a. in der „Roten Fahne“, Nr. 250) einen langen Artikel: „Die Wahrheit über Sowjet-Rußland“ veröffentlicht, der den Zweck hatte, die von Martow und mir gegebene Schilderung der russischen Verhältnisse zu widerlegen.

Da er jedoch seine Behauptung, Martow und Abramowitsch hätten „zum Teil die Wahrheit direkt auf den Kopf gestellt“, mit nichts beweisen kann, und auch nicht den leisesten Versuch macht, auch nur eine einzige von den von uns angeführten Tatsachen zu widerlegen, so ist er gezwungen, einerseits mit Unterstellungen und Verdrehungen zu arbeiten, andererseits — die Menschewisten zu beschimpfen —, obgleich letzteres doch gar keinen Zweck haben kann. Sind auch die Menschewisten schlecht, so folgt doch daraus noch nicht, daß die Bolschewisten gut sind?

Die Unterstellung ist so naiv und linkisch, daß es vollständig genügt, auf sie bloß hinzuweisen. „Kein objektiver Beobachter — sagt Rusch — kann den ständigen Rückgang der Produktion bis zum Sommer des Jahres auf das Konto des Sowjetsystems und der Bolschewiki setzen. Und auch die Menschewiki Martow und Abramowitsch könnten es nicht, wäre ihr Blick nicht von Parteileidenschaft getrübt.“

Ja, aber haben wir das überhaupt gesagt, was Rusch uns unterstellt, haben wir denn wirklich die ganze Schuld auf die Bolschewiki abgewälzt?

Mit nichten: Im „Freiheit“-Bericht, auf den sich Rusch bezieht, kann jeder Lesenskundige folgendes lesen:

„Die russische Wirtschaft bildet gegenwärtig einen Wirrwarr, der die Folge der früheren Zustände, des langjährigen Krieges und des Bürgerkrieges ist.“ (Spalte 1, unten.) Und weiter:

„Wenn man die Ursachen erkennen will, die zu diesem wirtschaftlichen Zusammenbruch geführt haben, muß man in erster Linie dem Krieg, Bürgerkrieg, der Unterernährung der Massen, dann aber auch dem bolschewistischen Regierungssystem schuld geben.“

Der Leser sieht nun deutlich, wer vom Parteihaß geblendet ist. Und wenn Rusch tatsächlich nachweisen wollte, daß unsere Darstellung falsch sei, so müßte er, statt langatmige Ausführungen über die wirtschaftliche Geschichte Rußlands aufzustellen, die hier gar nicht in Betracht kommt, und von der er doch keinen Deut versteht, und all den quasi-gelehrten Mumpitz über den „vieltausendjährigen Agrarstaat Rußland“, die „Wirtschaftspläne Peters des Großen (!)“ und dergl. breitzutreten, den Satz widerlegen, den wir aufgestellt haben; Nämlich, daß an dem „ständigen Rückgang“ der russischen Wirtschaft, den doch auch Rusch zugibt, einen Teil der Schuld auch die Politik der Bolschewisten trägt. Dies zu tun hat Rusch aber wohlweislich sorgfältig vermieden.

Damit fällt aber seine ganze Argumentation ins Wasser. Und daran ändern auch nichts seine weiteren „Beweismittel“, hauptsächlich die Verdrehung.

Ich habe in meinem Vortrage gesagt, in Rußland bestünden gegenwärtig keine Betriebsräte, wie man sie in Deutschland versteht.

Doch, antwortet darauf Rusch, „es sind die Fabrikskomitees zusammen mit den Gewerkschaften.“

Man fragte einst einen Jungen, ob er Geld habe. — „Doch, — meinte der würdige Vorgänger Rusch's — ich und mein Vater, wir beide zusammen, haben es.“

Leider steht hier die Sache für Rusch noch schlimmer als für den Jungen mit dem Geld. Denn Rusch müßte sagen: zusammen mit den Gewerkschaften und den den Betrieb autokratisch leitenden, von den bureaukratischen Regierungsstellen ernannten Betriebsleitern und Betriebskommissären.

Ist der erste Teil des Artikels von Rusch ein von ihm eigenhändig ausgestelltes Armutszeugnis für sich selbst, so übersteigt der zweite Teil an Verlogenheit, Gewissenlosigkeit und Unwissenheit alles, was meines Wissens bisher in der deutschen sozialistischen Presse über unsere Partei geschrieben worden ist.

Ein Mensch, der nicht die leiseste Ahnung von den wirklichen Parteiverhältnissen in Rußland hat, ein Mensch, der nicht einmal weiß, daß es in Rußland eine sozialrevolutionäre Partei (die sogenannte „S.-R.“) gab, der auch Kerenski angehörte und die eine so ungeheure Rolle in der ersten Periode der russischen Revolution spielte, oder der, wie aus einer anderen Stelle hervorgeht, diese Partei für eine Gruppe innerhalb der menschewistischen Partei (!!) hält, nimmt sich die Dreistigkeit, mit einer wichtigtuenden Kennermiene unerhörte Anschuldigungen gegen unsere Partei zu schleudern und sie mit Schmutz zu bewerfen.

Welcher Mangel am primitivsten Ehrlichkeitsgefühl, welches Maß an Gewissenlosigkeit und Ignoranz gehört dazu, um z. B. folgende Zeilen niederzuschreiben:

„Die Menschewisten, als Verräter an der Revolution, scheuten sich nicht mit der blanken Waffe, mit Pulver und Blei, mit Verbannung und Zuchthaus um Lohnforderungen streikende Arbeiter in die Betriebe zu treiben.“

Und weiter:

„Schritt um Schritt wurden mit Zustimmung der Menschewisten den Arbeitern die Errungenschaften der Februarrevolution genommen. Beseitigung des Achtstundentages, Verkürzung der Löhne ... usw., war das Ziel der Unternehmer, die, unterstützt von den Menschewiki, mit allen Mitteln des Klassenstaates gegen die Arbeiter vorgingen“ ...

Jeder Mensch, der nur etwas über Rußland gelesen hat, weiß, daß hier buchstäblich jedes Wort eine Lüge ist!

Es ist während der ganzen Kerenski-Periode kein einziger Fall vorgekommen, wo irgend welche Repressalien, geschweige denn „blanke Waffe“ oder „Pulver und Blei“, gegen streikende Arbeiter zur Anwendung kämen. Nicht nur bei ökonomischen Streiken, sondern auch bei politischen. Und es ist während dieser Periode kein einziger Fall bekannt, wo den Arbeitern ihr Lohn gekürzt oder ihnen ihre Rechte (Achtstundentag, Koalitionsfreiheit, Streikrecht u. dgl.) genommen würden. Nicht während der „Menschewisten-Herrschaft“, sondern unter den Bolschewisten in den Jahren 1918—20 sind Repressalien gegen streikende Arbeiter, Streikverbot, Koalitionsverbot, Einführung von zehn- und elfstündiger Arbeitszeit, Unterdrückung von Streiks durch „blanke Waffe“ und „Maschinengewehre“, wieder zur Anwendung gekommen. Man mag es für berechtigt halten oder nicht, an der Tatsache selbst kann es ja gar nichts ändern.

Martow und ich haben wahrlich gar keinen Grund, die Koalitions- und Kriegspolitik der menschewistischen Partei während der Kerenski-Periode unter Schutz zu nehmen. Wir gehörten bekanntlich dem linken, internationalen Flügel unserer Partei an, der diese Politik der Gesamtpartei heftig bekämpfte und dem es im Dezember 1917 auch gelungen ist, die Mehrheit innerhalb der Partei zu gewinnen und ihre Politik unter Bruch mit dem äußersten rechten Flügel zu ändern.

Aber der einzige Vorwurf, der den damaligen Führern der russischen Revolution, sowohl den S.-R., als auch den Zereteli, Skobeleff, Tscheheidse, Dan usw. unter Umständen gemacht werden kann, ist der der Anwendung von „Terror“. Sei es gegenüber „streikenden Arbeitern“, sei es den Bolschewisten und Anarchisten gegenüber (die letzteren waren in jener Zeit ziemlich stark).

Es gehört wirklich sehr viel — sagen wir — Mut dazu, um vom „Terrorismus“ der Männer zu sprechen, die während sieben Monate Krieg (im Jahre 1917 stand ja Rußland noch inmitten des Weltkrieges), Bürgerkrieg und Revolution in keinem einzigen Falle Todesstrafe an Zivilpersonen angewendet, und soweit bis jetzt bekannt ist, nur in einem einzigen Falle das vom Feldgericht an der deutschen Front ausgesprochene Todesurteil an einem Militär bestätigt hatten.

Die „Terroristen“ Zereteli und Skobeleff, die nach dem mißlungenen Juli-Aufstand der Bolschewisten die „Grausamkeit“ hatten, dem Drängen der Polizei und des Militärs nachgebend, die Verhaftung der Führer des Aufstandes zuzulassen. Der „blutige“ S.-R. Kerenski, der in eigener Person mitten in der Nacht nach der Wohnung von Steklow eilt (gegenwärtig Chef-Redakteur der „Iswestja“), um die Verhaftung desselben zu verhindern. Der Unmensch Tschernow, der trotz des Beschlusses des Ministerrates, sich der Verhaftung Trotzkis widersetzte. (Siehe die Erinnerungen des General Polowtzew im „Rul“.) Und schließlich die „Verräter“, die Internationalisten Martow, Abramowitsch u. a., die nach den Julitagen ihren ganzen Einfluß einsetzten, um gegen ihre Bürgschaft Lunatscharski u. a. zu befreien.

Und das alles schreibt ein Kommunist, ein Mann, der die Terrortaktik der Bolschewisten für richtig hält, der also die Hinrichtung von tausenden Deserteurs rechtfertigt, die Erschießung von tausenden von Geiseln während des „roten Terrors“ und das ganze grausame Terror-System der außerordentlichen Kommission gutheißt.

Aber den Gipfel der Ausführungen des wahrheitsliebenden Rusch bilden wohl seine Auslassungen gegen die menschewistische Partei späteren Datums, d. i. während der Jahre 1918/20.

Die Menschewiki sollen, nach Rusch, die Sabotage der Intelligenz organisiert haben. „Doch nicht genug des Verbrechens, verbündeten sich die Menschewiki mit den weißgardistischen Generälen der bürgerlich-kapitalistischen Konterrevolution, zum Teil (?!), wie beispielsweise die Soz.-Rev. (!), zum Terror greifend, die die Sabotage grundsätzlich abgelehnt hatte ...“

Das wird von einer Partei geschrieben, die sich seit der November-Revolution auf den Standpunkt gestellt hatte, daß man den Bolschewismus nicht mit Waffengewalt und nicht im Verein mit den bürgerlichen Parteien bekämpfen dürfe, die den tschecho-slowakischen Aufstand und die Gründung des Nationalversammlungskomitees verurteilte, die diejenigen wenigen Parteimitglieder außerhalb ihrer Reihen stellte, die sich als Einzelpersonen im Gegensatz zu den Beschlüssen unseres Zentralkomitees an der Samaraer Regierung beteiligten, welche wohlgemerkt noch immer eine revolutionär-demokratische war. Und als später Admiral Koltschak ans Ruder kam, die Samaraer Regierung gewaltsam stürzte und sie durch seine reaktionäre Diktatur ersetzte, so eröffneten unsere Genossen in Sibirien sowohl als auch die S.-R. einen heftigen Kampf gegen die Koltschakregierung. Und in dem Moment (Anfang 1920), wo die Banden Koltschaks vor der Roten Armee nach Ostsibirien zurückflutete, führten die S.-R. und die Menschewiki im Rücken Koltschaks einen Guerillakrieg, der durch den Aufstand in Irkutsk und Gefangennahme Koltschaks und seiner Minister seinen Abschluß fand. Auch der gesamte i. J. in die Hände Koltschaks gefallene russische Goldvorrat (600 Mill. Goldrubel) wurde bei dieser Gelegenheit von den aufständischen S.-R. und Menschewiki genommen und freiwillig zusammen mit den verhafteten Koltschak-Ministern der Sowjetregierung übergeben.

So schaut in Wirklichkeit die „Zusammenarbeit“ der menschewistischen Partei mit Koltschak aus!

Und als Denikin vor Tula stand und die Revolution bedroht war, erklärte unsere Partei, treu dem Grundsatze: Gemeinsame Front gegen die gemeinsamen Feinde der russischen Revolution, eine Militärmobilisation der waffenfähigen Parteimitglieder, die dann der Roten Armee zur Verfügung gestellt wurden. Und auf dem siebenten Rätekongreß im Dezember 1919 äußerte sich Trotzki sehr lobend über die Tätigkeit der „menschewistischen Arbeiter-Brigade“ bei Charkow. Eine zweite Mobilisation erklärten unsere Parteiorganisationen in Kiew, Charkow, Jekaterinoslaw, Moskau, Smolensk, Witebsk, Homel usw. im Frühling d. J., bei Beginn des polnischen Angriffs. Das alles bezeichnet Rusch als Verbrüderung mit „weißgardistischen Generälen“. Sollte aber jemand noch immer an der Wahrheitsliebe Ruschs zweifeln, der lese die Schlußsätze seines Artikels. Da wird er erfahren, daß die Menschewisten in Sowjet-Rußland vollständige Freiheit genießen. Sie dürfen öffentliche Versammlungen einberufen, dürfen Zeitungen herausgeben, Broschüren und Bücher drucken lassen usw. Das ist so verblüffend und — geistreich, daß man unwillkürlich lachen muß. Was würden Sie gegenüber einem Manne tun, der beispielsweise ganz ernst behaupten würde, in Berlin gäbe es keine Stadt- und Straßenbahnen mehr, das ganze Publikum sei daher gezwungen, auf Kamelen herumzureisen?

Aber wie tief muß man das deutsche Proletariat verachten, um solche „Wahrheit“ den Arbeiterlesern vorzusetzen!

Im Zeichen der Sichel

Sowjetrußland führt in seinem fünfzackigen Stern als Wahrzeichen der Arbeit einen Hammer und eine Sichel. Deutschland kennt ein solches Symbol nicht, aber es besitzt dafür einen Sichel-Konzern, dessen Transaktionen und Manipulationen für die ebertinische Republik nicht weniger charakteristisch sind.

Der Sichelkonzern ist eine jener industriellen Zusammenballungen, welche sich nicht auf eine bestimmte Industriegruppe beschränken, sondern die mannigfaltigsten, vielgestaltigsten Tätigkeitszweige umfaßt. Chemische Fabriken, Fabrikation von Eisenwaren, Eisenkonstruktionen, Hüttenbetriebe, Oelwerke, Verzinkereien, Handelsinstitute, ja selbst Bankunternehmen sind schon heute in die Interessensphäre dieses Konzerns einbezogen. Dabei zieht sich dieser Kreis noch mit jedem Tage weiter. Noch bis zum Beginn dieses Jahres betrug das Aktienkapital insgesamt 4 Millionen Mark. Dann wurde es aufs Vierfache erhöht und nun hat die Verwaltung eine weitere Erhöhung auf 50 Millionen Mark beschlossen. In einem einzigen Jahre wird sich das Kapital also mehr als verzwölffachen. Dieses ebenso gewaltige wie plötzliche Wachstum ist heute durchaus kein Sonderfall. Viele Unternehmen sind in einem Jahre schon zu drei- und viermaligen Kapitalserhöhungen geschritten und haben ihr Tätigkeitsfeld kaum weniger mannigfaltig erweitert. Die nähere Betrachtung des Sichelkonzerns soll daher nur einen Einblick in das Wesen der jetzt wie Pilze aus der Erde schießenden Konzerne bieten.

Aus dem vorliegenden Jahresbericht geht hervor, daß die letzte Kapitalserhöhung von 12 Millionen Mark der Gesellschaft allein

Ismer

Erzählung von Julius Levin

(2. Fortsetzung)

Ismer war vor der Haustüre stehen geblieben, einmal, weil er nicht wußte, wohin er hätte gehen sollen, und er ein andermal völlig davon überzeugt war, Emilie würde sehr bald zurückkehren. Wohin hätte sie denn auch sollen?

Der Fritze war ja nicht mehr im Laden, und mit einem ganz fremden Kerl mitgehen? Das tat sie nicht. Uebrigens, an der nächsten Gaslaterne würde er sie ja doch laufen lassen, dachte Ismer sich tröstend vorreden zu können. Aber er glaubte es selbst nicht, und gerade in seinem Zustande wurde ihm die Erinnerung an Emilie ganz besonders drückend.

„Wenn se nu doch? ...“

Er ließ den Gedanken vor Ankunft ans Ziel entgleisen.

Aber, wie sich nach einer Betriebsstörung der regelmäßige Verkehr, sei es auf der unterbrochenen, sei es auf einer Nebenlinie, wieder herstellt, so begann auch bald der Gedankenbetrieb im Kopfe Ismers dem vorgeschriebenen Ziele zuzustreben.

„Emilie hält es doch mit dem Fritzen!“ sagte er sich aufs neue. „Die Geschichte muß jetzt ein Ende haben!“

Und seine unrichtig beflügelte und unrichtig beschwerte Einbildungskraft ließ ihn daran vorbeischießen, wobei er sich hätte aufhalten und dort verweilen, woran er hätte vorbeischießen sollen.

Daß seine Langmut als Dummheit und Gleichgültigkeit um so leichter hätte ausgelegt werden können, als er für ihr richtiges Verständnis nichts getan hatte, wollte er sich nicht sagen, und daß Emilie sich ihm hingab, nur weil sie den Fritzen nicht da hatte, verstand sich ganz von selbst.

Und plötzlich kam ihm der Gedanke, doch einmal genau die Wohnung zu inspizieren, besonders die Küchenschubladen. Ismer konnte gar nicht begreifen, daß ihm so etwas Vernünftiges, Naheliegendes noch nicht beigekommen war. Emilie war zwar blitzschlau, denn sonst hätte es ihm, dem genauen Beobachter, schon längst gelingen müssen, sie zu kappen. Aber, man weiß ja, selbst die schlauesten Frauenzimmer begehen dann und wann eine Unvorsichtigkeit. Sie können sich manchmal, nachdem sie alle Spuren verwischt haben, wie die geriebensten Füchse, doch nicht dazu entschließen, ein Andenken, ein Stück Papier zu vernichten, das sie schließlich verraten muß. Und es verstand sich ganz von selbst, daß er jetzt nur in die Wohnung zurückzugehen brauchte, um ein Beweisstück für die Schuld Emiliens zu finden.

Der Gedanke war zu lichtvoll, um nicht sofort ins Werk gesetzt zu werden.

Ismer sprang, so schnell er konnte, durch Portal II über den Hof und die drei finsteren Treppen zu seiner Wohnung hinauf, die er noch niemals mit einer solchen Hast geöffnet hatte.

Kaum zum Lichtmachen ließ er sich Zeit. Dann stürzte er mit einer wahren Berserkerwut auf alle Behältnisse. Die offenen suchte er nicht erst besonders durch, sondern überflog sie nur, gewissermaßen zur Beruhigung seines Pflichtgefühls. Die verschlossenen, zu denen er die Schlüssel nicht sofort finden konnte, erbrach er mit um so größerem Vergnügen, als er wußte, wie schwer die Ordnungsliebe Emiliens unter seinem Verfahren leiden würde.

Er suchte und suchte, fand aber lange nichts.

Da endlich! Ein Paket Briefe!

Glückwünsche von Freundinnen zur Einsegnung. Bezahlte Rechnungen. Ein paar Hefte mit Rabattmarken, besonders viele von dem Kaufmann, bei dem der Fritze in Kondition war. Aber weit und breit kein Brief, kein Stück Papier, auf das hin man Emilie der Untreue hätte zeihen können. Emilie mußte wirklich unglaublich schlau sein, wenn sie es fertig bekam, ihn zu betrügen und dabei noch sich nicht im mindesten zu verraten. Die Rabattmarken waren allerdings verdächtig, aber ihre Anzahl überstieg nicht unbedingt diejenige, welche bei den Einkäufen von in der Wirtschaft notwendigen Dingen zusammenkommen konnte. Gut wäre allerdings gewesen zu wissen, auf wieviel Einzelkäufe die Rabattmarken sich verteilten, das heißt, wieviele Male Emilie sich zum Fritzen begeben hatte. Denn, daß sie sich nur seinetwegen gerade an diesen Kaufmann gewöhnt hatte, das war doch sonnenklar. Es gab doch noch andere Gewürzkrämer in der Umgegend. Der da an der Krausnickstraße war sogar etwas billiger; wenigstens sagten es die Nachbarn. Aber Emilie mußte unbedingt immer zu dem nach der Ziegelstraße.

Die Untersuchung Ismers drohte im Sande zu verlaufen, und je deutlicher er dieses Ergebnis voraussah, um so wütender wurde er. Immer greifbarer stellte sich seine Niederlage heraus. Da er nichts fand, woran er sich rächen konnte, nahm er die Photographie Emiliens aus dem vergoldeten Eisengußrahmen und zerriß sie in tausend Stücke. Dann richtete er unter dem Ganzen, das in den Schubladen und auf der Erde lag, wollüstig eine vandalische Verwirrung an, lief die Treppe wieder hinunter und postierte sich vor der Haustüre, um gedankenlos ins Leere zu starren, hinter dem er Emilie vermutete.

Sie kam aber nicht daraus hervor.

Nicht mehr betrunken, aber noch nicht nüchtern, halb verzweifelt, halb vertrotzt, ließ er sich von einem der herumziehenden Frauenzimmer ansprechen, antwortete so frech abweisend, daß eine noch frechere Antwort erfolgen mußte, was ihm die Möglichkeit eröffnete einzulenken, sich zureden und sich schließlich verschleppen zu lassen.

Als er etwa drei Stunden später, ernüchtert und so ziemlich ausgeraubt, nach Hause kam, fand er Emilie in einer Ecke sitzend und weinend vor.

Hätte er nicht soeben sich vergangen gehabt, so wäre es ihm wahrscheinlich möglich gewesen, sich mit ihr in einer Weise zu unterhalten, daß sie sich mit ihm vertrug. Aber er war nicht mehr betrunken und er fürchtete sich vor den Folgen, die die Versöhnung nach sich ziehen konnte. Da er an Emilien so schweres Unrecht begangen hatte, haßte er sie immer noch genug, um ihr vielleicht nochmals wehe zu tun, wenn sie ihm unangenehm wurde; aber unglücklich wollte er sie doch nicht machen. Deshalb hielt er es für das Beste, sich auf einen Stuhl zu setzen, den Kopf in seine Hände zu legen und vielleicht so zu schlafen, wenn es ihm nicht gelingen sollte wach zu bleiben. Auch Emilie ging nicht zu Bette. Und, als er zur Stunde, da er zur Arbeit gehen sollte, aufwachte, sah er seine Frau, in sich zusammengesunken, auf der Tischkante schlafen. Er schlich sich ohne Frühstück davon und fühlte sich so aufgeregt, daß er erst kurz vor der Fabrik sich dazu entschloß, einige Stärkung zu suchen, die er in einer Kaffeeklappe zu finden hoffte.

* * *

Seit dieser Nacht ekelte sich Emilie, die etwas ahnte, sichtlich vor ihm. Als er sie einmal unwirsch fragte: „Was willst du denn überhaupt hier?“, antwortete sie ihm: „Na, wer hat mich denn zu ernähren?“

Ismer hätte gerne gesehen, daß Emilie ihm seine Verfehlung vorhielt. Dann wäre ihm wieder Gelegenheit geboten gewesen, ihr grob zu kommen, und vielleicht wäre er Emilie so los geworden. Aber ihr war es offenbar ganz gleichgültig, ob und mit wem er sich herumtrieb oder nicht, wenn er nur sie völlig in Ruhe ließ. Als er sie, weniger aus Liebesbedürfnis, als um eine Kraftprobe zu machen, umarmen wollte, stieß sie ihn zurück und drohte zu schreien, wenn er sie nicht freigab. Die Zornesglut ergoß sich ihm über die Stirn und er schrie: „Wozu habe ich denn eine Frau?“

„Dazu nich!„ erwiderte Emilie, „das is nu mal ganz sicher.“

(Fortsetzung folgt.)

einen Agio-Gewinn von 16,2 Millionen Mark eingebracht hat. Die neue Erhöhung um 34 Millionen Mark soll so erfolgen, daß auf vier Aktien drei neue zum Kurs von 325 Prozent entfallen. Der Rest soll einem Konsortium zum freien Verkauf übergeben werden. Welche Vorteile das Bezugsrecht für die alten Aktionäre einschließt, geht daraus hervor, **daß die Aktien des Sichelkonzerns an der Börse zurzeit mit 1425 Prozent notiert sind.** Angesichts dieses Geschenks wird die auf 20 Prozent festgesetzte Dividende beinahe bedeutungslos. Aber der Sichelkonzern läßt es bei Bezugsrecht und Dividende noch nicht bewenden. Auf je 4000 M. Aktien Nennwert verschenkt er noch eine Aktie der von ihm im Juni d. J. mit 2 Millionen Barkapital gegründeten A.-G. für Industriewerke in Luzern im Nennwert von 500 Franken. Das entspricht, zum heutigen Tageskurs umgerechnet, einer Summe von 4150 M. Sicher werden die Aktien des Luzerner Unternehmens aber mit dem drei- oder mehrfachen des Nennwertes an der Börse notiert, so daß der den Aktionären des Sichelkonzerns auf diese Weise zufließende Gewinn noch um das entsprechende zu vervielfachen wäre.

Die Gewinne dieses Sichelkonzerns lassen sich also schon gar nicht mehr ermessen. **Die Aktionäre werden geradezu mit Geld überschwemmt.** Angesichts solcher Rentabilität begreift man auch, **daß allein dem Geschäftsführer Ganz ein Gewinnanteil von über 700 000 M.** (i. V. 150 000 M.) und dem Aufsichtsrat ein solcher von annähernd einer halben Million Mark (i. V. 100 000 M.) gewährt worden ist.

Weniger klar aber bleiben, auf welchem Wege die zwei Millionen Franken des Sichelkonzerns in die Schweiz gelangt sind. Nimmt man selbst an, daß das Luzerner Unternehmen zurzeit des günstigen Kursstandes gegründet worden ist, so hätte der Aufwand noch immer 18 bis 20 Millionen Mark, also auf jeden Fall mehr als das eigne Aktienkapital, beansprucht. Dies konnte dem Sichelkonzern nur dadurch möglich werden, daß er durch Export im Auslande geschaffene Kredite einfach stehen ließ und sie nun in Form von Aktienanteilen den Aktionären zuführt. Hört man aus dem Geschäftsbericht, daß der Jahresumsatz des Konzerns eine Milliarde Mark übersteigt, so erscheint eine solche Möglichkeit gar nicht verwunderlich. Es wäre jedenfalls interessant, von diesem ganz außer jedem Verhältnis zum Aktienkapital stehenden Umsatz zu erfahren, zu welchem Prozentsatz der Export daran beteiligt ist.

Selbstredend ist der Geschäftsbericht auch in der vorliegenden Form noch „frisiert" und absichtsvoll so aufgemacht, daß er möglichst wenig Erregung schafft. Das zeigt insbesondere der Dividendensatz. In Wirklichkeit gibt auch dieser Abschluß noch kein lückenloses Bild von der eingebrachten Ernte. Aber ungefähr kann man doch die Bedeutung des Sichelkonzerns erkennen. Auch auf dem Leichen- und Trümmerfeld des Weltkrieges reift ihm noch üppige Frucht. Fast ists, als hätten überhaupt erst das geronnene Blut und die verwesenden Knochen den Nährboden für diese dividendenschwere Ernte abgegeben.

Was tut das deutsche Proletariat, um zu verhindern, daß dieser unheimlichen Sichel noch immer weiteres Feld zum Opfer wird, daß sie immer weiter vordringt und schließlich auch die Ueberlebenden des Weltkrieges hinmäht? Vergessen wir nicht: der Sichelkonzern stellt nur eine solche Sichel dar. In Deutschland sind deren viele. Sie alle bedrohen die Menschheit mit nie geahntem Elend und Schrecken.

Groß-Berlin

Die Jugend-Volksbühne, ein Streiter gegen die Kinoseuche

Der Kampf gegen die Kinopest ist in ein neues Stadium getreten.

Die Volksbühne hat die „Jugend-Volksbühne" ins Leben gerufen, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, neben Theatervorstellungen für die reifere Jugend, den jüngeren als Vorstufe gute Marionettenvorführungen zugänglich zu machen.

Alle Versuche der in Frage kommenden Kreise, wie Bildungsausschüsse, Lehrervereinigungen etc. scheiterten an der Anziehungskraft, die die Kinos durch ihre schreiende Reklame auf das jugendliche Gemüt ausübten und die hauptsächlich während des Krieges und bis zu einem gewissen Grad heute noch die Kinos zu Sammelstellen der Schuljugend machten.

Wenn nun der Kinokapitalismus auch jetzt dazu übergeht, neben den Lehrfilmen auch Bildungsfilme für die Schuljugend herzustellen, so ist dies zum weitaus größten Teil wohl auf den Kampf und die Rührigkeit der interessierten Kreise gegen die verheerende Wirkung der Kinos zurückzuführen.

Um so erfreulicher ist es aber, daß die Jugend-Volksbühne jetzt mit ihrer Neueinrichtung vor die Oeffentlichkeit tritt und die Veranstaltung von Marionetten- und Kasperletheater, durch Mitwirkung guter Kräfte, systematisch betreibt.

Wir hatten Gelegenheit, einer derartigen Veranstaltung in Niederschönhausen beizuwohnen, die auf Anregung unserer Genossen im Gemeindebildungsausschuß stattfand.

Verheißungsvolle Kinderblicke suchen erwartend in die Mysterien einzudringen, die sich hinter dem sehr gefällig aussehenden Theater vor ihren Augen auftun sollen. Eine würdige Umrahmung geben die leichten Weisen zwischen den einzelnen Akten, die dem Klavier entlockt werden. Nur wäre es zu wünschen, daß nicht moderne und hypermoderne Weisen, sondern vielleicht gediegene Musik Humperdincks, — etwa Stellen aus „Hänsel und Gretel" oder aber Offenbachsche Sachen —, die sich mit ihren zarten Weisen gut in den intimen Rahmen derartiger Veranstaltungen einfügen dürften.

Das lustige Märchenspiel mit Gesang vom „Tapferen Schneiderlein" fesselte die kleinen Zuhörer bis zum Schluß. Die Betonung der einzelnen Stellen ist dem kindlichen Gemüt und dem Rahmen derartiger Vorführungen angepaßt und sehr nett. Recht niedlich hörte sich das kleine Liedchen:

„Schrumm wie die Bumm, schrumm wie die Bumm,
Das Leben ist ein Hühnerei,
Schrumm wie die Bumm, schrumm wie die Bumm,
Wie leicht bricht das entzwei."

an, das natürlich zuletzt von den kleinen Zuhörern schon mitgesummt wurde.

Die „bühnentechnische" Einrichtung läßt auch nichts zu wünschen übrig. Vor allem der Schloßhof des 2. Aktes, sowie die Waldszene des 3. Aktes wirkten sehr lebendig.

Wahre Lachsalven löste der zweite Teil des Programms: „Kasperle und das Gespenst" aus. Hier sind die immer wiederkehrenden Personen und Feinde des Kasperle, der Tod, der Teufel, die Hexe usw., alte, immer gern gesehene Freunde unserer Jugend. Nur besteht auch hier wieder ein großer Unterschied zwischen den bisher gewöhnten „Jahrmarktsaufführungen" und dieser Veranstaltung. Es wird nämlich hier nicht mit dieser Perversität alles totgeschlagen, und vor allen Dingen wird ein gutes Deutsch gesprochen.

Alles in allem also ein Verdienst der Volksbühne, hier bahnbrechend vorangegangen zu sein. Nun liegt es an unseren in den Kommunen und deren Bildungsausschüssen tätigen Genossen, diese Einrichtung für unsere Jugend durch rege Inanspruchnahme nutzbar zu machen.

Die Wohnluxussteuer

Unter den Steuerprojekten, die bisher der Stadtverordnetenversammlung zugegangen sind, befindet sich unter andern auch eine Wohnluxussteuer.

In der Steuerordnung, die der Stadtkämmerer der Stadtverordnetenversammlung vorlegt, heißt es im entscheidenden Paragraphen:

§ 1. Uebersteigt die Zahl der Wohnräume einer Wohnung in der Stadtgemeinde die Zahl der zum Hausstand gehörigen Personen (Normalbedarf), so wird für jeden weiteren Wohnraum eine Steuer nach folgenden Jahressätzen erhoben:

Die Steuer beträgt: für 1 Wohnraum über den Normalbedarf 6 M., für 2 Wohnräume über den Normalbedarf 500 M., für 3 Wohnräume über den Normalbedarf 1000 M., für 4 Wohnräume über den Normalbedarf 2000 M., für 5 Wohnräume über den Normalbedarf 5000 M., für 6 Wohnräume über den Normalbedarf 10 000 M., für jeden weiteren Wohnraum 5000 M. mehr. Hat ein Hausstand mehrere Wohnungen in der Stadtgemeinde Berlin zur Benutzung, so wird die Zahl der Wohnräume dieser sämtlichen Wohnungen für die Steuerberechnung zusammengezählt und als eine Wohnung behandelt. Haben ein oder mehrere Mitglieder des Hausstandes noch eine oder mehrere andere Wohnungen in der Stadtgemeinde Berlin, so werden sie für die anderen Wohnungen besonders veranlagt und in der gemeinschaftlichen Wohnung nicht mitgezählt.

§ 2 besagt: Als Wohnraum im Sinne dieser Steuerordnung gilt der Raum einer Wohnung, welcher durch zusammenhängende Wände, Decken und Fußboden in sich abgeschlossen ist und mit anderen Räumen nur durch Türen und Fenster verbunden ist, der ferner mit wenigstens einem Fenster und einer Tür versehen und größer als 12 Quadratmeter Bodenfläche und höher als 2,50 Meter ist. Werden in einem Hausstande ein oder mehrere Hausangestellte gehalten, so sind die für diese vorhandenen Räume ohne Rücksicht auf Größe und Höhe den Wohnräumen hinzuzurechnen. Als Wohnräume gelten nicht die Räume, welche als Küche, Bad, Flur oder Gang benutzt werden, ferner nicht Kellerräume und Bodenkammern, welche nach den baupolizeilichen Vorschriften nicht als Wohnräume benutzt werden dürfen.

Der Zweck dieser Steuer soll ein zweifacher sein. Einmal will der städtische Finanzminister neue Einnahmen haben, er rechnet aus der Steuer einen jährlichen Ertrag von 25 Millionen heraus, dann aber soll ein Druck auf die Inhaber größerer Wohnungen ausgeübt werden, Wohnräume abzugeben und dadurch zur Linderung der Wohnungsnot beizutragen.

Getroffen werden sollen mit dieser Steuer leistungsfähige Kreise, die heute noch Luxus mit Wohnräumen treiben, während die breiten Massen nicht wissen, wie sie ihr Wohnbedürfnis befriedigen sollen. Der Grundgedanke dieser Steuer ist deshalb ein guter.

U. S. P. D. und Sportvereine

Aus dem Parteibureau wird uns geschrieben: Auf vielfache Anfragen in der Zentrale, wie wir uns zu den Arbeitersportvereinen stellen, ist zu sagen, daß wir es für die selbstverständliche Pflicht aller Genossen halten, die sich sportlich betätigen, dies in den Arbeiter-Sportvereinen zu tun. Jede Teilnahme an bürgerlichen Sportvereinen stärkt deren Einfluß und damit die Macht der Gegner.

Die Erwerbslosenfürsorge hat mitgeteilt, daß für den ersten Weihnachtsfeiertag (Sonnabend, den 25. Dezember) und den Neujahrstag (Sonnabend, den 1. Januar 1921) auf Beibringung der Kontrollstempel verzichtet wird. Diese Regelung greift für die Angehörigen des Musiker- und Gastwirtsgewerbes nicht Platz, vielmehr müssen diese auch an den Sonn- und Feiertagen ihrer Kontrollpflicht nachkommen.

Die städtische Volksbadeanstalt an der Schillingsbrücke wird am Weihnachtsheiligabend und am dritten Weihnachtstage bereits um 5 Uhr nachmittags geschlossen. An den ersten beiden Weihnachtsfeiertagen sowie am Neujahrstage ruht der Betrieb in den städtischen Volksbadeanstalten völlig. Ueber die Eröffnung der noch immer geschlossenen Volksbadeanstalten ist bisher noch nichts mitgeteilt worden, trotzdem es im Interesse der Volksgesundheit dringend notwendig ist.

Die Zentrale des Wohnungsamts, Neue Friedrichstraße 80, ist vom 23. Dezember d. J. bis zum 2. Januar 1921 einschließlich für den Publikumverkehr geschlossen.

Die Vermittlungsstelle für Schwerbeschädigte (Berufsberatung und Arbeitsvermittlung) bei der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene der Stadt Berlin für den Bezirk der neuen Stadtgemeinde Berlin (bisher Stadt Berlin und Groß-Berlin) ist eröffnet. Sprechstunden bis auf weiteres von 8½ bis 10½ Uhr vormittags und zwar: A—H Montag und Donnerstag, J—Q Dienstag und Freitag, R—Z Mittwoch und Sonnabend. Rentenbescheide bzw. Ausweispapiere sind vom Besucher dortselbst vorzulegen. Zweckmäßig ist ferner Arbeitspapiere und Zeugnisse mitzubringen. Die Einhaltung der festgesetzten Zeit ist unbedingt notwendig. Die Fürsorgestellen werden gebeten, die Schwerbeschädigten dazu anzuhalten. — Leichtbeschädigte und solche mit weniger als 50 Prozent, aber mindestens 33⅓ Prozent Rente können nur vorgelassen werden, wenn sie eine Bescheinigung ihrer örtlichen Fürsorgestelle bzw. des Arbeitsnachweises vorweisen, die dahin lauten muß, daß Arbeitsvermittelung wegen der Schwere der Beschädigung bisher erfolglos war.

Erleichterungen bei Postanweisungen und Nachnahmen nach dem Ausland. Postanweisungen nach dem Ausland waren bisher nur bis zu 100 M. oder dessen Gegenwert ohne weiteres zulässig. Dieser Satz ist jetzt auf 3000 M. erhöht worden. Wer mehr einzahlt, muß Inhalt und Zweck des Geschäfts angeben und durch Frachtbriefe, Mitteilungen der Zollbehörde usw. belegen. Gleichzeitig eingezahlte Anweisungen desselben Absenders werden dabei zusammengerechnet. Auch für Postaufträge und Nachnahmen ist jetzt der frühere Meistbetrag wieder zulässig. Am 1. Januar wird auch der Postanweisungs-, Postauftrag- und Nachnahmeverkehr mit Luxemburg wieder aufgenommen.

Achtung Radfahrer! In letzter Zeit mehren sich die Klagen, daß Radfahrer angehalten werden, die in der Dunkelheit ihr Rad nicht beleuchtet haben. Wie der Berliner Polizeipräsident mitteilt, ist die Vorschrift über die Beleuchtung der Fahrräder immer noch durch eine während des Krieges vom Oberkommando erlassene Verfügung außer Kraft gesetzt. Es ist beabsichtigt, im nächsten Monat einer Neuregelung der Frage näher zu treten.

Ein Amokläufer mit dem Revolver richtete in der gestrigen Nacht im Norden der Stadt großes Unheil an. Der 41 Jahre alte Italiener Emanuel Ricci aus der Invalidenstraße 21 geriet in der Nacht gegen 1 Uhr in der Nähe seiner Wohnung mit dem Fräser Michael Moritz aus der Gerichtstraße 25 in einen Wortwechsel. Plötzlich griff der angetrunkene Italiener zum Revolver und feuerte auf Moritz. Die Kugel verletzte diesen an der Hand. Moritz ergriff darauf die Flucht und lief in die Vorhalle des Stettiner Fernbahnhofs hinein. Der Italiener setzte ihm, fortwährend aus seinem Revolver feuernd, nach. Als er auch die Vorhalle des Bahnhofs erreicht hatte, schoß er ziellos auf die dort anwesenden Zivilpersonen und Bahnangestellten. Durch die Schüsse wurden mehrere Leute zum Teil erheblich verwundet. Der Ladeschaffner Emil Prinz aus der Gotlandstr. 6 erhielt einen Schuß in den Unterarm, der Schneidermeister Franz Holwein aus der Ackerstr. 138 wurde an der Schulter verletzt und der Kaufmann Josef Müller aus Gräfenbroich, der sich hier vorübergehend aufhielt, wurde von einer Kugel am Knie getroffen. Die Getroffenen wurden nach dem Lazaruskrankenhause gebracht. Der Revolverschütze wurde schließlich überwältigt und festgenommen.

Millionenbeute der Einbrecher. Das Treiben der Einbrecher am goldenen Sonntag und in der Nacht zum Montag war, wie aus den nachträglich eingelaufenen Meldungen ersichtlich, noch viel umfangreicher, als mitgeteilt. An einzelnen Stellen haben die Einbrecher ganz bedeutende Werte erbeutet. So stahlen sie bei Elkan in der Spandauer Straße 12 für 200 000 Mark Damenkleider und Stoffe, bei Hirschfeld in der Oberwallstr. 9 für 100 000 Mark Seide und andere Stoffe, bei Rosenthal in der Ritterstr. 88 für 40 000 M. Lederwaren, bei Mandel in der Frankfurter Allee 191 für 24 000 M. Wollwaren, bei Kunde in der Kanonierstr. 37 für 20 000 Mark Kleider, bei List in der Oranienstraße für 30 000 Mark Hemden, bei van Erten in der Motzstraße 33 für 75 000 Mark Pelzwaren und bei Zimmermann für 3000 Mark Herrenartikel. Ebenso hoch ist der Schaden, den Wohnungseinbrecher angerichtet haben. Diese erbeuteten in der Nachodstraße für nicht weniger als 700 000 Mark Schmuck- und andere Wertsachen, in der Michaelkirchstraße für 80 000 Mark, in der Kurfürstenstraße für 75 000 Mark, am Luisenufer für 20 000 Mark, in der Schinkelstraße für 60 000 Mark, in der Berliner Straße zu Schöneberg für 45 000 Mark und an vielen anderen Stellen für 10 000 Mark und mehr an Teppichen, Schmucksachen, Kleidungsstücken usw. — Auch außerhalb waren Berliner Einbrecher tätig. So stahl eine Bande, die, wie festgestellt werden konnte, nach dem Einbruch wieder nach Berlin zurückgefahren ist, in Polzin für 30 000 Mark Silberzeug. In Stettin knackten sie den Geldschrank und stahlen daraus Geld- und Schmucksachen von hohem Wert, goldene Taschen, Armbänder, Uhren und Ketten usw. Auf die Wiederbeschaffung der gestohlenen Sachen ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Zweckdienliche Mitteilungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, sind an das Zimmer 92 des Berliner Polizei-Präsidiums zu richten.

Festnahme von Zuckerschiebern. Bei der Verschiebung von acht Zentner Zucker wurden gestern der 33jährige Arthur Juhl, der 30 Jahre alte Oskar Edling und der 44jährige Arthur Wollschläger festgenommen und dem Landespolizeiamt Schöneberg zugeführt. Hierbei erfuhr die Polizei, daß in Hamburg noch 30 000 Zentner Streuzucker und 1000 Zentner Würfelzucker lagern, die nach Polen verschoben werden sollten. Das Landespolizeiamt beschäftigt sich bereits mit der Untersuchung dieses Falles.

Tötlicher Straßenunfall. Vor dem Hause Hauptstraße 85 in Schöneberg wurde gestern ein etwa 65 Jahre alter Mann von einem Straßenbahnwagen der Linie 5 angefahren und zur Seite geschleudert. Er trug einen schweren Schädelbruch davon und verstarb schon auf dem Transport nach der nächsten Rettungsstelle. Die Leiche des Unbekannten übergab man dem Schauhause. Der Mann führte keinerlei Papiere bei sich und dürfte ein Bettler oder Hausierer gewesen sein.

Die Internationale Artisten-Loge veranstaltet am 3. Weihnachtsfeiertag (27. Dezember 1920) im Reichshallen-Theater, Dönhoffplatz, nachmittags 2 Uhr, eine Wohltätigkeits-Vorstellung zugunsten ihres Altersversorgungsfonds. Namhafte Künstler erster Varieté- und Kabarettbühnen haben ihre Mitwirkung freundlichst zugesagt, unter anderem Gudrun Hildebrandt, Fritz Brandt, drei Riegels, Otto Allison-Truppe, Dr. Wehler-Hubertus, Mario Costa, Stern u. Maximow.

6. Verwaltungsbezirk Hallesches Tor. Kommunale Kommission und alle Bezirks- und Stadtverordnete Mittwoch, abends 6 Uhr, pünktlich, Schulaula, Boeckhstr. 9—10.

Gewerkschaftliches

Der unfehlbare Demobilmachungskommissar

Die Schlichtungs-Ausschüsse sind zu dem Zweck geschaffen, Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu schlichten. In Berlin sind nach Branchen eingeteilte Kammern gebildet, in denen branchekundige Personen beraten und Beschlüsse fassen. Die so zustandegekommenen Beschlüsse mögen oftmals manchem Juristen Schrecken einflößen, weil sie nicht immer juristischen Spitzfindigkeiten folgen. Als zweite Instanz, die endgültig entscheidet, ist der Demobilmachungskommissar bestimmt. Was dieser aus manchem sachkundigen Urteil des Schlichtungs-Ausschusses macht, ist jedoch vielfach für jeden vernünftigen Menschen unverständlich.

Zwei Tarifkontrahenten vereinbaren eine Gruppierung der Arbeitnehmer für den Tarifvertrag. Der Schlichtungs-Ausschuß entscheidet eine Streitigkeit im Sinne der Tarifkontrahenten dahin, daß der Arbeitnehmer einer bestimmten Gruppe des Tarifvertrages entsprechend entlohnt werden muß. Irgend ein Rechtsanwalt, der zufällig zum Dezernenten beim Demobilmachungskommissar ernannt wurde, ist aber anderer Meinung, obwohl er bei der Verhandlung des Tarifvertrages nie dabei war, gar nicht weiß, was die Tarifkontrahenten gewollt haben, entscheidet nach seinem eigenen Kopf, daß der beim Schlichtungs-Ausschuß gefällte Schiedsspruch abzulehnen ist. Der unerhörte Zustand liegt besonders darin, daß diesem nichtsahnenden Rechtsanwalt als einem kleinen Diktator eine unerhörte Macht in die Hand gegeben ist, gegen die kein Kaiser mehr anzukämpfen vermag. Obwohl diese Dezernenten beim Demobilmachungskommissar vielfach noch eine Lehre nötig haben, wie man Tarifverträge auszulegen und anzuwenden hat, hält man es aber nicht für nötig, kontradiktatorisch zu verhandeln und sich dabei von den Tarifparteien beraten zu lassen. Obwohl das Ministerium für Handel und Gewerbe, das ja Aufsichtsinstanz für den Demobilmachungskommissar ist, auf wiederholtes Drängen erklärt hat, daß der Demobilmachungskommissar verpflichtet sei, bei der Erledigung der Streitfälle mündliche Verhandlungen anzusetzen, kümmert sich der „Unfehlbare" auch darum nicht. Wie lange sich das die Arbeitnehmer noch gefallen lassen, soll uns sehr wundern.

Zwei Tarifkontrahenten schließen am 21. Mai d. J. einen Tarifvertrag, in dem bestimmt wird, daß der Vertrag vom 1. April 1920 bis 31. März 1921 gilt. Selbstverständlich haben für das Gebiet des Tarifes alle während der Zeit vom 1. April 1920 ab Beschäftigte das Anrecht, die Vorteile des neuen Vertrages auch für diese Zeit zu beanspruchen. Ist nun ein Arbeitnehmer vor der Unterzeichnung des Vertrages entlassen worden oder aus dem Betrieb durch eigene Kündigung ausgeschieden, so bleibt ihm nach wie vor das Recht, aus diesem Kollektivvertrag alle Ansprüche zu erheben. Der Schlichtungs-Ausschuß, der auch ein solches Urteil gefällt hat, weil er mit sachkundigen Leuten besetzt ist, hat aber auch hier keine Gnade vor dem unparteiischen Demobilmachungskommissar gefunden. Die Herren Rechtsanwälte, die als Dezernenten beim Demobilmachungskommissar sitzen, sind eben Juristen, und finden irgend einen Vorwand heraus, der gegen solche berechtigten Schiedssprüche ins Feld geführt werden kann, um den Arbeitnehmern ihre geringen Ansprüche vorzuenthalten. Sie entpuppen sich dabei als eine Waffe der Arbeitgeber gegen die Arbeitnehmer. Sie haben keine Ahnung, wozu sie eigentlich da sind, sind sich nur ihrer Macht bewußt und schwingen das Szepter ohne Störung.

In diesem uneingeschränkten Machtgefühl schrecken die jungen Herren des Demobilmachungskommissars auch nicht vor einer glatten Verletzung derjenigen Verordnungen zurück, denen sie überhaupt ihr Vorhandensein zu danken haben. Die Verordnung über das Tarifwesen vom 23. 12. 18 sieht bekanntlich vor, daß ein zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation geschlossener Tarifvertrag für die Mitglieder dieser Organisationen bindend ist. Ausnahmen von dieser Bestimmung kennt die Verordnung nicht, sie sind demnach also auch nicht zulässig. Erst dem Demobilmachungskommissar von Groß-Berlin blieb es vorbehalten, zu entscheiden, daß ein dem Verbande der Zentralheizungsindustrie als Mitglied angehörender Arbeitgeber nicht verpflichtet werden könne, den mit den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifvertrag einzuhalten.

Es ist höchste Zeit, daß der Demobilmachungskommissar mit seinen reaktionären Allüren beseitigt wird. Und wenn die Personen, die dort sitzen, noch so anständige Kerle sind, sie sind ein Teil des Systems der Unterdrücker der Arbeitnehmer geworden. Hinweg mit ihnen!

Versicherungsgewerbe

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Die Verhandlungen über den Reichstarif für das Versicherungsgewerbe, die zwischen den Arbeitgeberverbänden deutscher Versicherungsunternehmungen und den Angestelltenorganisationen seit einigen Tagen im Gange waren, sind gescheitert. Die Angestelltenorganisationen hatten Vorschläge eingereicht, die neben der Erhöhung der Gehaltssätze, die bisher immer recht unzulänglich waren, lediglich Verbesserungen einiger anderer Vertragsbestimmungen anstrebten. Der Arbeitgeberverband verlangt eine erhebliche Verlängerung der Arbeitszeit, einen Verzicht auf wesentliche Teile des Urlaubs und eine Einschränkung der Bestimmungen über die Fortzahlung des Gehalts in Krankheitsfällen. Er erklärte sich bei Bewilligung dieser Verzichte bereit, „gewisse" Erhöhungen der Gehälter eintreten zu lassen, ohne sich trotz wiederholten Verlangens über die Höhe der angebotenen Sätze zu äußern. Die Angestellten-Organisationen können die Verschlechterung der sozialen Bestimmungen des Tarifvertrages nicht annehmen. Der Arbeitgeberverband lehnte die Erhöhung der gegenwärtig gültigen Gehälter rundweg ab, wodurch die Verhandlungen ergebnislos wurden. Die Angestelltenorganisationen haben daraufhin das Reichsarbeitsministerium angerufen und beschlossen, die Sperre über die Betriebe zu verhängen und die Leistung der Ueberstunden und Hausarbeit, die ohnehin freiwillige sind, einzustellen.

…igewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft kommunaler Arbeitnehmer (Faka)

…Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Zentralver… …der Angestellten, Bund der technischen Angestellten und Be… und der Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner haben …r ihre in Gemeinden und Gemeindeverbänden beschäftigten …r, Angestellten und Beamten zu einer freigewerk…lichen Arbeitsgemeinschaft kommunaler …itnehmer zusammengeschlossen.

…Zweck dieser Arbeitsgemeinschaft ist:

…ie gemeinsame Vertretung aller sozialen …wirtschaftlichen Fragen der kommunalen Arbeiter, …ellten und Beamten durch

…Verständigung über gemeinsames Vorgehen …ei Abschluß von Tarifverträgen und bei der …inwirkung auf Besoldungsordnungen.

…inwirkung auf die gesetzgebenden Körperschaften.

…Förderung der Sozialisierung und Kommu…nalisierung.

…ie Ausbreitung des freigewerkschaftlichen …ankens unter den kommunalen Arbeitern, Angestellten und …en sowie Verständigung über Abgrenzung der Werbegebiete.

…ie zentrale Leitung liegt in den Händen eines Zen…schusses, der aus Vertretern der Hauptvorstände der ange…nen Verbände besteht. In ihn entsenden der Verband der …nde- und Staatsarbeiter drei, der Zentralverband der An…en zwei und die übrigen Verbände je einen Vertreter.

Schäbigkeit

…Mitteilungsblatt der Berliner Verwaltung des Holzarbei…rbandes berichtet der Schriftführer Grothe über die letzte …lversammlung. Dieser Bericht enthält eine wesentliche …hung. In der von Siegle und Zirkel zu Protokoll …nen Erklärung heißt es u. a.:

…diejenigen, die unsere Nachfolgerschaft angetreten haben, …n sich durch Annahme dieser statutenwidri… Wahl zu Mitschuldigen der dadurch eingetretenen anor…n Zustände in der Verwaltung gemacht.

…gesperrt gedruckten Worte streicht er einfach weg, um dem …einen ganz anderen Sinn zu geben. Damit bestätigt der …ende, dem schon einmal der Vorwurf der Verleum…ende, … unwidersprochen gemacht worden ist, daß er an dieser …dauernd festzuhalten gedenkt.

…Knopfarbeiter Berlins zum neuen Lohnabkommen

…im Deutschen Holzarbeiter-Verband organisierten Knopf…er beschäftigten sich in zwei Branchenversammlungen mit …er im November in Hannover abgeschlossenen Lohnabkommen …em Reichstarifvertrag. Danach sollen ab 1. Dezember fol… Lohnsätze Geltung haben:

…rchschnittslohn für Facharbeiter über 18 Jahre früher …, jetzt 5,50 M., … jetzt 6,60 M., Hilfsarbeiter früher 5 M., jetzt 5,50 M., …enarbeiterinnen früher 3,25 M. jetzt 3,60 M., Hilfs…erinnen früher 2,70 M. jetzt 3,10 M. Mindestlohn für …rbeiter über 18 Jahre früher 4,85 M. jetzt 5,40 M., Hilfs…er früher 4,35 M. jetzt 4,85 M., Maschinenarbeiterinnen …r 2,75 M. jetzt 3,05 M., Hilfsarbeiterinnen früher 2,40 M. …2,85 M.

…den Versammlungen wurde diese Abmachung, die eine un…liche Knickrigkeit der riesige Gewinne schluckenden Unter…er hervortreten läßt, scharf gegeißelt. Folgende Resolution … angenommen:

„…e am 23. Nov. und 2. Dezember versammelten Knopfarbeiter …en mit Entrüstung Kenntnis von den in Hannover ge…nen Lohnvereinbarungen. Sie betrachten die Zugeständnisse …Unternehmer als eine Verhöhnung der Arbeiterschaft, der …n jetzigen schwierigen Verhältnissen nicht im geringsten …ung getragen wird. Mit diesem „Zugeständnis“ beabsich…n die Unternehmer die Arbeiterschaft zum Lumpenproletariat …drücken. Die Versammelten geloben daher, fest zusammen …hon, bis die privatkapitalistische Produktionsweise von der …stischen abgelöst ist.“

…e Lohnsätze in der Essigindustrie. Die Essigarbeiter, welche …ung der Bezahlung ihrer Arbeit mit zu der schlecht bezahl… Arbeitergruppe gehörten, haben durch ihre Einmütigkeit und Geschlossenheit erreicht, daß sie jetzt in fast gleicher Weise wie andere Arbeiter entlohnt werden. Die Beteiligten, welche restlos dem Deutschen Transportarbeiter-Verband als Mitglieder angehören, stehen mit dem Arbeitgeberverband in einem Tarifvertragsverhältnis. Das Lohnabkommen war zum 31. Dezember von der Organisation gekündigt worden. In einer vor wenigen Tagen stattgehabten Verhandlung wegen Neuregelung der Lohnsätze wurden nachstehende Vereinbarungen getroffen: Die Essigarbeiter erhalten pro Stunde 5,50 M., Hof- und Hilfsarbeiter 5 M., Jugendliche von 17—20 Jahren 3,50 M., Jugendliche von 14—17 Jahren 3 M., Weibliche 3,10 M., Kutscher pro Woche 280 Mark.

Der Betriebsrat der Hochbahn sandte uns folgende Zeilen: „Der Aufruf der Gewerkschaften, die Arbeitslosen von Groß-Berlin durch Kleben von Arbeitslosenmarken zum Weihnachtsfest zu unterstützen, hat auch bei einem Teil der Hochbahner freudigen Widerhall gefunden und zwar bei denjenigen, die Verständnis für das Elend und die Not dieser Klassengenossen haben. Das Ergebnis ist folgendes: Das technische Personal hat 13 740 M., die Angestellten und Meister haben 1403,50 M. für diesen Zweck aufgebracht. Vom uniformierten Verkehrspersonal ist noch kein Ergebnis bekannt.

Lohnbewegung der Gastwirtsangestellten in Hirschberg i. Schl. Seit mehreren Wochen befinden sich die Gastwirtsangestellten des Riesen- und Isergebirges in einer Lohnbewegung. Das starre Verhalten der Vorstandsmitglieder der Gastwirte und Hotelbesitzer hat bisher jede gütliche Verständigung unmöglich gemacht. Das Gewerkschaftskartell des Kreises Hirschberg hat aus diesem Grunde die gesamten Hotels des Riesen- und Isergebirges gesperrt. Der Streik der Gastwirtsangestellten scheint unvermeidlich. In den nächsten Tagen ist mit größeren Demonstrationen der gesamten organisierten Arbeiterschaft gegen die Hotelbesitzer zu rechnen. Wir bitten aus diesem Grunde, die Bevölkerung der Großstädte während der Feiertage von einem Besuch des Riesen- und Isergebirges abzusehen.

Gehaltsbewegung an der Berliner Staatsoper

Der Ortsausschuß Berlin-Staatsoper des Deutschen Chorsänger- und Ballettverbandes bittet um Aufnahme folgender Erklärung:

Während seit Monaten an allen großen deutschen Bühnen, zuletzt am Staatstheater in München, Chor- und Ballettpersonal durch energisches Vorgehen ihre Bezüge wenigstens einigermaßen der herrschenden Teuerung angepaßt haben, hatten sich diese Mitgliederkategorien an der Berliner Staatsoper bisher durchaus zurückhaltend gezeigt und der schwierigen Lage der Staatstheater dadurch Rechnung getragen, daß sie sich mit den Aufbesserungen begnügt haben, die ihnen von der Verwaltung allmählich notgedrungen zugebilligt worden sind. Sie waren dabei auch zumeist von dem Gedanken geleitet, daß ihr Alter gegen Not gesichert sein werde, weil sie voraussetzten, daß die Regierung der Republik genau so den alten Mitgliedern der Oper, die ihr für wenig Geld gedient haben, wenigstens Pensionen den Zeitverhältnissen entsprechend aussetzen werde, wie früher der Kaiser. Nach langem Ueberlegen hat sich die Verwaltung bereit erklärt, nach Maßgabe der ministeriellen Anordnungen genau wie früher sogenannte Gnaden-Ruhegehälter weiter zu bewilligen. Aber die Höhe ihrer Bemessung will sie, trotz aller Geldentwertung, die Norm der Pensionen, wie sie vor 1914 gezahlt wurden, nicht überschreiten lassen. So kommt es, daß die Altpensionäre der Chor- und Ballettmitglieder der Staatstheater heute noch auf Bezüge von 37,50 M. im Monat aufwärts angewiesen sind, und daß man Mitglieder, die in den letzten Monaten pensioniert wurden, überhaupt noch keine bestimmte Pension zugebilligt, sondern ihnen zunächst für drei Monate einen Vorschuß von 100 M. pro Monat (!) allergnädigst gewährt hat.

Unter diesen Umständen sind die Chor- und Ballettmitglieder nicht länger in der Lage, der zunehmenden Verelendung in ihren Reihen stillschweigend zuzusehen. Sie haben bisher Gehälter bezogen, die ganz erheblich unter der tariflich für Berlin festgelegten Gage von 1200 M. und der anderer Bühnen im Reich zurückbleiben, (es werden z. T. noch Gehälter von 810 M. monatlich gezahlt) und die dadurch beim Ballett noch verschlechtert werden, daß seine Mitglieder, allen Tarifen zum Hohn, teure Bühnenanschaffungen selbst bestreiten müssen.

In dieser höchsten Notlage haben Chor und Ballett der Staatsoper Forderungen überreicht, die mit einem Existenzminimum von monatlich 1250 M. und einer Staffelung bis auf höchstens 1600 M. im Laufe von 16 Dienstjahren weit hinter dem Einkommen der meisten Handarbeiter zurückbleiben. Die Mitglieder wollen sich mit diesen bescheidenen Einkünften, über die nur die Gagen für einige Soloballettangehörige hinausgehen sollen, begnügen im Hinblick auf die gleichzeitig von ihnen strikt verlangte Regelung einer Pensionierung mit angemessenen Bezügen. Bis diese erfolgt ist, sollen den kürzlich pensionierten Mitgliedern (welche bis zu 42 Dienstjahre zurückgelegt haben) monatliche Vorschüsse von mindestens 300 M. gewährt werden.

Diese Forderungen sind dem Kultusministerium am Montag nachmittag überreicht worden. Frist für die Beantwortung ist bis zum 28. Dezember gestellt worden.

Achtung, Holzarbeiter! Betr. Weihnachtsbeihilfe des Magistrats. Alle Erwerbslosen ohne Unterschied, welche am 11. Dezember unterstützungsberechtigt waren, resp. sich an diesem Tage an- oder abgemeldet haben, erhalten ab 20. Dezember eine Weihnachtsbeihilfe von 20 M. Für jedes zuschlagsberechtigte Familienmitglied 10 M. Die Anmeldung ist sofort in unserer Auszahlungsstelle im Marinehaus, Am Kölln. Park, Ecke Brandenburger Ufer unter Vorzeigung der Ausweise zu vollziehen. Deutscher Holzarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Streik bei der Normalzeit-Gesellschaft. Das technische Personal der Normalzeit-Gesellschaft befindet sich wegen Lohnstreitigkeiten seit Montag, den 20. Dezember, im Streik. Zur Illustrierung sei mitgeteilt, daß bei der Gesellschaft Stundenlöhne für Facharbeiter und Ungelernte von 4,—, 4,10 bis 4,60 Mark gezahlt werden.

Buchbinder-Verband! Kartonagenarbeiterinnen und Arbeiter! Die Lohndifferenzen bei den Firmen Benesti, Neuenburger Straße, Garbaty, Pankow, Massary, Ritterstraße, Muratti, Köpenicker Straße, Karmitri, Boppstraße, sind beigelegt. Die Sperre ist aufgehoben. — Buchbinderverband, Die Leitung der Kartonagenbranche.

Parteiliteratur

Die Sozialistische Gemeinde

Die soeben erschienene Doppelnummer der obengenannten kommunal-politischen Zeitschrift der Unabhängigen Sozialdemokratie hat folgenden Inhalt:

Das Kommunalisierungsgesetz. — Eine dringliche Reform. — Berufsausbildung von körperlich und geistig anormalen Kindern. — Das Verbrechen und seine Ursachen. — Landesgesetzliche Regelung des Schularztwesens. — Die eigene Regie. — Städtische Bekleidungsstellen. — Kommunalisierung des Schuhmachergewerbes. — Kommunale Gartenbaupolitik. — Bayrischer Städtetag. — Kleine Nachrichten. — Aus den Gemeinden. — Aus den Parlamenten. — Literatur.

Aus den Organisationen

8. Distrikt. Bildungskommission. Am 2. Weihnachtsfeiertag, vorm. 11 Uhr, findet im Rosetheater unter Mitwirkung hervorragender Kräfte eine Matinee statt. Karten zu 2,50 M. sind noch beim Genossen Biebermann, Joachimsthaler Str. Nr. 9, Reitschlag, Schreinerstr. 18, Wittschuh, Petersburger Str. 5, zu haben.

14. Distrikt. Heute, nachm. 5 Uhr, Weihnachtsgabenverteilung für die vorgemerkten Kinder unserer arbeitslosen Genossen im Lokal von Kaiser, Gotzkowskistraße 34. Interessierte Kinderfreunde sind herzlichst eingeladen.

17. Distrikt. Die Weihnachtsbescherung findet heute nachmittag 5 Uhr, in der Lütticher Str. 47-48, statt.

18. Distrikt. Die Weihnachtsfeier für die Kinder der Arbeitslosen findet am Donnerstag, 23. Dezember, nachm. 5 Uhr, in der Aula, Christianiastr. 5—6 statt. Es wird gebeten, die Kinder möglichst allein zu schicken.

Charlottenburg. Mittwoch, den 22. Dezember, abends 7 Uhr, Extrazahlabend in sämtlichen Gruppen. 2. Gruppe bei Mielchke, Potsdamer Str. 43. 4. Gruppe bei Zehlen, Kaiser-Friedrich-Str. 6b. 8. Gruppe bei Merz, früher Kaskawelt, Goethestr. 36, Ecke Weimarer Straße. Für die anderen Gruppen in den bekannten Lokalen.

Potsdam 4. Die für Montag, den 27. Dezember (3. Feiertag) angesetzte Gemeindevertreterkonferenz fällt aus. Späterer Termin wird bekanntgegeben.

Vereinskalender

Deutscher Musikerverband, Abteilung Kinomusiker. Mittwoch, 22. Dezember, vorm. pünktlich 10½ Uhr, findet im großen Saale des Vereinshauses eine Versammlung aller Kinomusiker statt. Da äußerst wichtige Beschlüsse zu fassen sind, ist das Erscheinen aller Kollegen dringende Pflicht.

Der Volks-Feuerbestattungsverein Groß-Berlin hält am Mittwoch, 22. Dezember, abends 6 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18, eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Ohne Mitgliedskarte oder Ausweis kein Zutritt. Der Vorstand.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Oberschöneweide. Mittwoch, abends 7½ Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal Schulz, Klara- Ecke Luisenstraße.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kabald, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Kamerliner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit“-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Eine besondere Weihnachts-Freude!

MASSARY Zigaretten

KON LINON

Stadtgeschäft I Bergstraße 145

Städtische Werke Neukölln

FERNSPRECHER: Neukölln 1523—30

Stadtgeschäft II Hermannstr. 95/6

Reichhaltige Ausstellung modernster Gas- und elektrischer Beleuchtungsgegenstände

Besonders günstige Preise in Beleuchtungskörpern:
Gas- und elektrische Kronen / Zugkronen / Zugampeln / Deckenbeleuchtungen / Pendel / Laternen / Wandarme / Halbwatt / Armaturen

Vernickelte Gasplätten
Garnitur: 2 Eisen, 1 Erhitzer

Elektrotechnische Bedarfsartikel

Elektrische Fußwärmer

Gasherde / Bratöfen / Backöfen

Elektrische Plätt-, Koch- und Heiz-Apparate besonders preiswert

Elektrische Tisch-, Nachttisch- und Ständerlampen

Gastischlampen
Glühstrümpfe für Steh- und Hängelicht
I. und II. Wahl

Metalldrahtlampen in allen Kerzenstärken

Gelegenheitskäufe:
Messing - Zugampeln für Gasstehlicht

Elektrische Plätteisen vernickelt komplett mit Schnur und Stecker 3½ kg schwer

Gebrauchte Zweilochgaskocher

Besichtigung unserer Stadtgeschäfte ohne Kaufzwang erbeten

Sehr reichhaltige Auswahl für Weihnachtseinkäufe

Möbel auf Bar oder Kredit
zu den billigsten Preisen und leichtesten Bedingungen. — Liefere auch auswärts.
Möbel-Groß
Große Frankfurter Straße 141
Invalidenstr. 5, Eingang Ackerstr.

Trauringe
fugenlos, enorm billig
Dukaten 900 gestempelt, Stück Mk. 120 an
14 Karat 585 „ „ 70 „
8 „ 333 „ „ „ 40 „
Volle Garantie für Feingehalt, stets vorrätig am Lager
Uhren, Gold-, Silberwaren. Ankauf von
Gold-, Silberbruch, Brillanten z. höchst. Preis.
H. BOCK, BERLIN O., Andreasstraße 44,
vis-a-vis Zanbart, Fernspr. Alex. 3363 Geb.-Anschl.

Dynamodraht
in Baumwolle, Seide und Emaille, kauft jeden Posten
Elektrobüro, Grüner Weg 100.

TRAURINGE
Dukatengold 900, 14 kar. Gold 585 gest.
8 kar. Gold von 39.75 an.
Deutschlands bedeutendste Fabrik mit direktem Verkauf an Private!
J. Weinstock G. m. b. H.
Zentrale: Mohrenstr. 16 am Untergrundbhf. Friedrichstrasse.
Alexanderstrasse 14a, nahe Jannowitzbrücke, Kottbuser Damm 24, Chausseestr. 69, Charlottenburg, Stuttgarter Pl. 5, Schöneberg., Grunewaldstr. 15
Ankauf Gold-, Silber-, Platin-Bruch, Münzen, Zähne
• Achtung! Kein Laden! Geöffnet 9-1, 2-6 •

Pelzmäntel
Seal, Electric, sowie Kreuzfüchse zu billigster Preislage
Alexanderstraße 51-52, Chausse Königstadt Nr. 3451.

Spr.-Geh. nur für Ischias
in Hüft., Gesäß u. Bein. Selbst schw. Fälle in 15 Tagen beseitigt. v., hierüber unantastb. Heilerf. besich. u. Referenzen. Invalidenstr. 106, Jacoby
von 9—3.

Zwei Romane für den Weihnachtstisch!

Konrad Loele. Der Krötenteich.
Geschmackvoll gebunden 8.— M.
Eine bürgerliche Liebesgeschichte aus der Zeit vor dem Kriege. Die tiefsinnige und doch ganz zwanglos sich ergebende Dialektik wird von einer spannenden Handlung getragen. Ein gewisser Kaspar Ganghof, kein Held, sondern nur ein kritischer Liebhaber, begreift, weil weder von der Natur noch vom Glück besonders begünstigt, den Unwert der bürgerlichen Moral und verlobt sich am Schlusse ganz einsam mit seiner Jugendliebe, der es ähnlich ergangen ist.

Konrad Loele. Der Weg zum Haß.
Geschmackvoll gebunden 11.— M.
Zwei Menschen verzweifeln an sich und ihrer Zeit und hoffen nur noch auf das Kind. Die Schicksale und Schauder des Peter Wenk gehören der Vergangenheit an. Aber es ist nützlich, sie nicht zu vergessen. Vielleicht ist der Abstand, den wir von jener Zeit gewonnen haben, noch zu gering. Es mag sein, daß dieses Buch erst in ein paar Jahren erkannt wird. Aber es wird anerkannt werden.

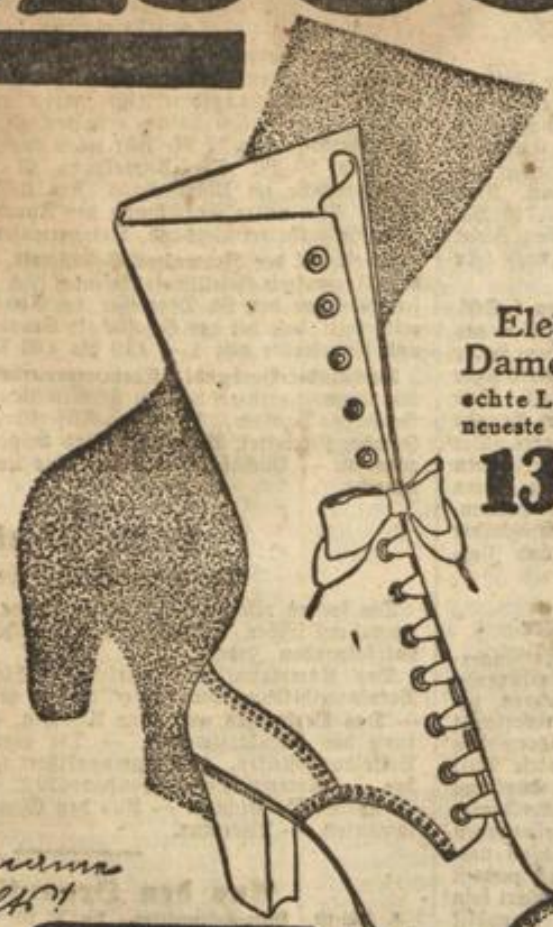
In seinem künstlerischen Stil ist Loele ein ganz Eigener, durchaus ohne Sentimentalität, von einem seltsam tragischen Humor erfüllt, dann wieder in knappen Wendungen tiefe Tragik offenbarend. Bei alledem ein Sprachkünstler, dem die neuerdings beliebte Breite und Verschwommenheit völlig wesensfremd sind. Seine Bücher sind die genußreichste, die anregendste und originellste Lektüre, die man im deutschen Roman heute findet.

Verlagsgesellschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8-9
Abteilung Buchhandlung

Die Gelegenheit

Kommt sobald nicht wieder!

Haltbarkeit – Paßform allseitig anerkannt!



Eleganter Damenstiefel
echte Lackkappe, neueste mod. Form
138.–

Solider Herrenstiefel
für Strasse und Beruf, unverwüstlich
138.–

Eleganter Herrenstiefel
mit und ohne Lackkappe, in echt Rindbox und echt R.-Chevreaux
158.–

Eleganter Spangenschuh
in Leder, mit hohem Absatz. Vorzüglicher Ball- und Strassenschuh
98.–

Garantie: **Leder in guter Verarbeitung**

Ihr Vorteil macht!

Conrad Tack & Cie. A.G. Schuhfabriken in Burg b. Mgdbg.

SW, Friedrichstr. 240/41
W, Potsdamer Strasse 50
W, Schillstrasse 16
NW, Beusselstrasse 29
NW, Turmstrasse 41
NW, Wilsnacker Str. 22
N, Brunnenstrasse 37
N, Danziger Strasse 1
N, Friedrichstrasse 130
N, Müllerstrasse 3
O, Andreasstrasse 50
O, Frankfurter Allee 22
SO, Oranienstrasse 2a
SO, Wrangelstrasse 49
C, Spittelmarkt 15
C, Rosenthaler Strasse 14
Neukölln, Bergstr. 30/31
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 122/23/Potsdam, Brandenburger Strasse 54

Wir unterhalten über 100 Verkaufsstellen in allen größeren Provinzstädten unter der Firma Conrad Tack & Cie. G. m. b. H.

Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Gebisse kauft täglich von 9 bis 6 zu den denkbar höchsten Preisen. Sendungen von außerhalb werden schnell und gewissenhaft erledigt.
S. DEGEN, Linienstraße 77 am Rosenthaler Tor.

Geld
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. **Wolff, Friedrichstr. 41,** III. Ecke Kochstraße.

---

48 Stromstr. 48
im Hof, kauft wieder
Altmetalle, Weißmetall, Quecksilber. Moabit 7559.

Kupfer
Messing, Zinn usw.
Quecksilber, Zahngebisse
Platin-, Gold-, Silberbruch
weit über Tagespreis
Brunnenstr. 11
Beusselstr. 29
Fennstr. 48
Weidenweg 72

Ich brauche dringend:
Zinn, Weissmetall
Kupfer, Messing
Auch für andere Metalle **zahle hohe Preise!**
Metallankauf Charlottbg. Wallstraße 53. Wilhelm 1871.

Gold-
bruch kauft per Gramm 1 Mark über Tageskurs.
Silber- u. Platin-
bruch
Scheide-Anstalt
E. Czipronat
O, Blumenstr. 88, Hof 2. Aufg.

Gold- Silber- Bruch
Kupfer, Messing, Blei, Zinn, Zink usw.
Zahle stets Tagespreise!
Metallschmelze
Siemensstraße 6
(Bahnhof Beusselstr.)

Kupfer, Messing
Zinn, Weißlager, Blei
kauft zu Engrospreisen
Gr. Frankfurter 63. (Keller).

Briefwechsel zwischen Schiller und Lotte. Gut gebunden, 332 Seiten stark, nur 3.— Mark, Porto extra. Zu beziehen durch Buchhandlung Freiheit, Breite Straße 8/9.

Bekleidungsstelle der Stadt Neukölln

Geöffnet 8—6 Uhr. **Verkauf an jedermann.** Bergstraße 29.

Straßenbahn-Verbindung: 7, 15, 47, 48, 22, 46, 94, P, C, I.

Stadtbahn-Verbindung: Ringbahnhof Neukölln.

Weihnachts-Messe

Herrenkleidung.

Anzüge	190.– bis 650.–
Einsegn.-Anzüge	145.– bis 475.–
Hosen	60.– bis 185.–
Ulster	150.– bis 695.–
Paletots, marengo	380.–, 395.–

Damenkleidung.

Kostüme	125.– bis 435.–
Ulster	148.50 bis 675.–
Astrachan- u. Tuchmäntel, hochelegant	
Röcke	32.50 bis 160.–
Blusen, Seide, Crepe de Chine, Mousseline, Barchend	30.50 bis 120.–
Blusen, Sportflanell	45.50 bis 59.50

Trikotagen.

Mädch.-Beinkleid. je nach Gr.	27.50 an
Damen-Schlüpfer je nach Gr.	38.25 an
Damen-Reform-Beinkleider je nach Größe	50.– an
Herren-Trik.-Hemden	45.50 57.50

Strumpfwaren.

Damenstrümpfe, lang, schwarz, H'Wolle	16.50 bis 18.–
Socken, grau gestrickt	10.20
Socken, schwarz u. grau gestrickt	14.50
Kinder-Sweater	15.50
Kinder-Trikots	8.95 an

Schuhwaren.

Herren-Stiefel	115.– bis 325.–	Burschen-Stiefel	88.–
Damen-Stiefel	110.– bis 245.–	Kinder-Stiefel je nach Größe	35.– an

Schuhbesohlung: sehr prompt und allerbilligst.

Für den Weihnachtstisch praktische Geschenke.

Garnitur Hosenträger mit Sockenhaltern in geschmackvollen Geschenkkartons. Taschentücher in netter Geschenkaufmachung. • Damenhemden mit Stickerei. Unterröcke (Serge). • Schürzenstoff, zirka 110 cm breit, prima Qualität, blauweiß gestreift, für Wirtschaftsschürzen. • Roh-Nessell, Lakenbreite zirka 150 cm.

Große
SORGEN?
Was?
und
Wo?
Kaufen SIE zu WEIHNACHTEN?

SCHALS	Wolle und Seide	29.50 48.00 bis 125.00
SOCKEN	Wolle und Macco	6.50 bis 24.00
SPORTKRAGEN	Piqué, weiß, bunt, blaugrün	6.75
HANDSCHUHE	für Herren u. Damen	12.50 21.50 bis 28.00
HOSENTRÄGER	Band u. Gummi	5.50 bis 33.00
DAUER-WÄSCHE	Beste Qualität Alle Formen und Größen	
KRAWATTEN	Beste Qualität Aparte Farben	
STRICKBINDER		13.50 bis 33.00

Gewerkschaftsorganisierte erhalten 5 % Rabatt

ALTBERG, NEUKÖLLN, **BERGSTR. 155**
vis-à-vis Steinmetzstraße

Schattenbilder am Rhein

Die genialste Erzählung der Gegenwart

In dieser Erzählung wird bewiesen, welcher Taten im Jahre 1918 ein Mensch, von Ekel und Grauen gepeitscht, fähig sein konnte.

133 Seiten / Lexikon-Format / Auf Kupferdruck-Papier mit Buchschmuck / Elegant gebunden 18 Mark.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung „Freiheit", Berlin C2, Breite Str. 8/9

Auch durch alle Filialexpeditionen / Versand nach auswärts